

# ZUKUNFT 02

2009

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Vergesst den  
Februar 1934!?  
Michael Amon

Wir brauchen  
einen Öko-Keynes  
Norbert Tempel

Wo bleibt die  
Armutsbekämpfung?  
Martina Kargl

Jura Soyfer schreibt  
unsere Texte  
Herbert Arlt



4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z0933388 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 02

DAVID LEAN

[www.filmmuseum.at](http://www.filmmuseum.at)



# STROM AUS WASSERKRAFT.

Als führendes österreichisches Elektrizitätsunternehmen nutzt der Verbund den endlosen Strom aus Wasserkraft für Strom aus Wasserkraft. Und sichert so die Energieversorgung des ganzen Landes.



Nähere Informationen finden Sie auf unserer Homepage: [www.verbund.at](http://www.verbund.at)

# Editorial

Vor 75 Jahren, am **12. Februar 1934**, wehrten sich in Linz Schutzbündler mit Waffengewalt gegen die ständigen Übergriffe der Dollfuß-Regierung und der österreichischen Heimwehren – der »österreichische Bürgerkrieg« hatte begonnen. In seinem Beitrag zu diesem Jahrestag stellt der Schriftsteller Michael Amon diese Ereignisse in einen **zeitgeschichtlichen Kontext**, vor allem aber wirft er die Frage auf, ob und warum dem Gedenken an diese Ereignisse eine aktuelle, **gegenwartspolitische** Bedeutung zukomme.

In diesem Heft beschäftigen wir uns angesichts der Heftigkeit der gegenwärtigen Krise schwerpunktmäßig aber auch mit Ursachen und theoretischen und praktischen Lösungsansätzen: **Andreas Breitenfellner** untersucht die **wirtschaftspolitischen Paradigmen**, die sich unter dem Eindruck der Krise zu einem Bekenntnis »Keynes we can!« zu wandeln scheinen. Er nimmt auch die **Wirkung des österreichischen Konjunkturpakets** unter der Lupe, das er grundsätzlich positiv beurteilt, dabei aber auch die Effizienz beim Einsatz der Mittel ein, um ihre Nachfragewirksamkeit sicherzustellen.

In seinem Beitrag wirft **Norbert Tempel** noch einen anderen Gedanken auf: Was ist, wenn die skizzierte These eines **nur noch linearen Wachstums in »reifen Volkswirtschaften«** zutrifft und **Arbeitslosigkeit nicht durch exponentielles Wachstum** gelöst werden kann? Er entwickelt mit dieser Frage eine Perspektive, aus der heraus europaweit koordinierte Investitionsprogramme auch auf ihre qualitative Wirkung hin geprüft und mit Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzungen ergänzt werden müssten.

Mit Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit muss auch das Thema Armutsgefährdung in den Blickpunkt des Interesses rücken. **Martina Kargl**, sozialpolitische Referentin der Caritas Wien, argumentiert, weshalb in ihren Augen ein **»drittes Konjunkturpaket«** zur Armutsbekämpfung gerechtfertigt wäre und verleiht der **Forderung nach einer raschen Einführung** der bereits in der letzten Gesetzgebungsperiode



erarbeiteten **Mindestsicherung** Nachdruck, verweist dabei aber auch auf Änderungswünsche, die soziale NPOs geäußert haben.

**Günter Koch** wiederum weist mit seinem Text auf die Notwendigkeit hin, aus der aktuellen Krise und ihren Ursachen zu lernen und neue Modelle der Risikobewertung für Banken anzuwenden.

Mit dem Beitrag von **Ivesa Lübben** werden zweifellos heikle Fragen rund um den Gaza-Konflikt der letzten Wochen aufgeworfen und zur Diskussion gestellt: Inwieweit die Terrorisierung israelischer ZivilistInnen durch den **Raketenbeschuss** aus dem Gaza-Streifen durch eine gegen die **Hamas gerichtete Militäraktion dauerhaft zu stoppen** ist, wird durch die Autorin **kritisch untersucht**.

**Herbert Arlt** gedenkt in seinem Beitrag dem vor genau 70 Jahren – im Alter von nur 26 Jahren von den Nazis ermordeten – politischen Schriftstellers **Jura Soyfer** hin und stellt dar, wie durch zahlreiche Aktivitäten das **literarische Erbe** dieses herausragenden österreichischen Schriftstellers jüdischer Herkunft nicht nur am Leben erhalten wird, sondern international wachsende Verbreitung und Beachtung findet.

Eine Buchbesprechung über die von Walter Kohl verfasste, äußerst verdienstvolle **Biographie von Prof. Rudolf Gelbard** bildet schließlich gemeinsam mit anderen Buchtipps und dem ökonomischen Schlusswort von **Markus Marterbauer** den Abschluss dieses Heftes.

Das Filmmuseum in Wien bringt im Februar eine Retrospektive der Werke des großen britischen Regisseurs **David Lean**, dem wir mit unserer Bildauswahl Respekt zollen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre – und viel Spaß beim Schauen!

LUDWIG DVORAK



[www.samariterbund.net](http://www.samariterbund.net)

Rettungsdienst • Krankentransporte • Ambulanzdienst • Schulungen • Wasserrettung • Heimnotruf  
• Essen auf Rädern • Hauskrankenpflege • Pflegeeinrichtungen • Wohnungslosenhilfe •  
Flüchtlingsbetreuung • Wohlfahrtsstiftung • Entwicklungszusammenarbeit • Katastrophenhilfsdienst



MADELEINE 1950, DAVID LEAN

DAVID LEAN

# Inhalt

- 6 Vergesst den Februar 1934!?**  
Von Michael Amon
- 12 DAVID LEAN / FILMMUSEUM**
- 14 Keynes we can!**  
Von Andreas Breitenföllner
- 19 DAVID LEAN / FILMMUSEUM**
- 20 Wir brauchen einen Öko-Keynes**  
Von Norbert Tempel
- 26 Wo bleibt die Armutsbekämpfung?**  
Von Martina Kargl
- 30 Banken brauchen ein »Schulnotensystem« neu**  
Von Günter Koch
- 32 DAVID LEAN / FILMMUSEUM**
- 34 Wie es zum Krieg im Gaza-Streifen kam**  
Von Ivesa Lübben
- 41 DAVID LEAN / FILMMUSEUM**
- 42 Jura Soyfer schreibt unsere Texte**  
Von Herbert Arlt
- 45 DAVID LEAN / FILMMUSEUM**
- 46 Die dunklen Seiten des Planeten**  
Von Ludwig Dvorak
- 48 Buchtipps**  
Sachliches und Belletristisches
- 50 Konjunkturprogramme – was macht Sinn?**  
SCHLUSSWORT von Markus Marterbauer

**IMPRESSUM Herausgeber:** Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@scoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag. Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvorak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, Mag.<sup>a</sup> Alexandra Pernkopf, MMag.<sup>a</sup> Julia Raptis, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.<sup>in</sup> Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag.<sup>a</sup> Daniela Stepp, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Cover:** David Lean am Set von Oliver Twist

# Vergesst den Februar 1934!?

**FEBRUAR 1934** Der Schriftsteller Michael Amon geht anlässlich des 75. Jahrestages der Februarkämpfe in seinem Text der Frage nach, welche Berechtigung dem Gedenken an den 12. Februar heute zukommt.

**S**eit den Ereignissen des Februar 1934 sind 75 Jahre vergangen. Zeit, endlich einen Schlussstrich zu setzen und zu vergessen? Oder gibt es gute Gründe, sich auch heute noch mit den damaligen Ereignissen zu beschäftigen? Tatsache ist, dass es noch immer schwierig ist, emotionsfrei über dieses Thema zu diskutieren. Doch betrachten wir zuerst einmal die historische Ausgangslage, denn der Februar 1934 war nur der Schlusspunkt einer historischen Entwicklung, die viel früher begonnen hatte.

## VOR DEM FEBRUAR 1934

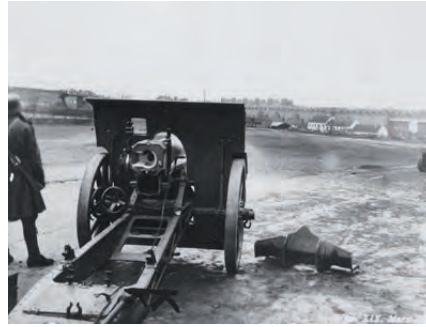
Die Grundlagen für die Ereignisse des 12. Februar wurden schon 1918 bei der Ausrufung der Ersten Republik geschaffen. Das Habsburgerreich war zerbrochen, und dabei ist eine Republik Österreich entstanden, eine Erste Republik, der es von Haus aus an konsequentem Lebenswillen gefehlt hat. Schon in der Provisorischen Nationalversammlung hat man einerseits die Gründung der Republik beschlossen und andererseits den Anschluss ans Deutsche Reich. Das lag auf einer Linie mit den Konzepten der Sozialdemokratie, die fest davon überzeugt war, dass eine sozialistische Gesellschaft, wie man sie sich damals vorstellte, im kleinen Restösterreich einfach nicht realisierbar war.

Deshalb war innerhalb der Sozialdemokratie immer die Überzeugung vorherrschend, der Sozialismus, den man sich allerdings nur sehr vage vorstellte, sei nur in einem größeren Ganzen möglich, da bräuchte es mindestens noch das Deutsche Reich dazu. Dass es innerhalb der Sozialdemokratie außerdem auch Deutschnationale bzw. Großdeutsche wie Renner gab, war weniger entscheidend. Das Ausschlaggebende war die feste Überzeugung, einen Verbund mit Deutschland zu brauchen, um für die Arbeiterbewegung etwas erreichen zu können.

Aus dieser Idee ist zwangsläufig nichts geworden, die »Siegermächte«, also die Entente, haben durchgesetzt, dass Österreich als vereinzelter Kleinstaat gegründet wurde, dessen Wirtschaft daniederlag, und der von einer tiefen sozialen Kluft geprägt war: auf der einen Seite eine stark verarmte Arbeiterschaft, der es sehr schlecht ging, und auf der anderen Seite ein österreichisches Bürgertum, das in der k.u.k. Monarchie den Umgang mit der Macht nicht gelernt hatte und all seine Ordnungsbegriffe aus der Vergangenheit in der Form eines obrigkeitstaatlichen Denkens bezog. Auch hatte es nie selbst eine bürgerliche Revolution durchgeführt. Die 1848er-Revolution in Wien ist im Wesentlichen von der Arbeiterschaft getragen worden, die vom Bürgertum schmählich in Stich gelassen wurde (ganz anders als bei der Französischen Revolution etwa).

Die Bürgertum also hat weder ein eigenes Selbstbewusstsein gehabt noch einen Ordnungsbegriff, der mit demokratischen Grundsätzen vereinbar war. Gleichzeitig hat man sich von der Arbeiterschaft bedroht gefühlt, die noch nie zuvor in der Geschichte so stark war wie 1918, als die Sozialdemokratie im Parlament saß, freie Gewerkschaften gegründet und alle möglichen anderen Organe der Arbeiterschaft gebildet wurden. Es ging soweit, dass die Sozialdemokratie sogar den ersten Kanzler (Renner) stellte. Gleichzeitig war es so, dass die Sozialdemokratie trotz dieser Machtausweitung und eines Parteiprogramms, in dem etwas von der Diktatur des Proletariats geschrieben stand, nie wirklich nach der alleinigen Macht gegriffen, sondern versucht hat, der bürgerlichen Gesellschaft ihr eigenes Alternativmodell entgegenzustellen.

Man hat für jede bürgerliche Institution eine entsprechende sozialdemokratische gegründet. Angefangen von den



Arbeiterbildungsvereinen, über Angler- und Sportvereine bis hin zu Kleintierzüchtervereinen hat man überall seine eigene Gegenkultur aufgebaut. Man hat nicht nach der Macht in der Gesellschaft gegriffen, sondern man hat versucht, sich selbst in der bestehenden Gesellschaft abzusichern und hier Errungenschaften aufzubauen. Beispielhaft war das »Rote Wien«, wo versucht wurde, modellhaft zu zeigen, was wäre, wenn Sozialdemokraten überall an der Macht wären. Aus der Sicht der Sozialdemokratie ergab sich daraus aber die Notwendigkeit, diese Errungenschaften, denen von bürgerlicher Seite extrem misstraut wurde, die man dort nicht wollte, zu verteidigen. Das war die Gründungsstunde des Republikanischen Schutzbundes.

## DER GROSSE UNTERSCHIED

Hier sieht man bereits den ganz großen Unterschied, der jede Diskussion über Schuldteilung im Bürgerkrieg hinfällig macht. Der Republikanische Schutzbund war von seiner Gründung an immer defensiv ausgerichtet, einzig darauf aufgebaut, die Einrichtungen der Arbeiterbewegung zu verteidigen, und nicht dazu, um (emphatisch gesagt) im Klassenkampf die Diktatur des Proletariats zu erringen oder etwaige Gegner zu vernichten.

Das war nicht die Zielsetzung, sondern ausschließlich die Idee der Selbstverteidigung, da man damals ein großes Problem hatte (und es wurde nach 2000 wieder virulent): Es gibt das Rote Wien, es gibt einige Enklaven und rundherum nichts, außer Problemen.

Die Heimwehren dagegen waren von Anfang an darauf abgestellt, offensiv zu sein, gemeinsam mit dem Bundesheer diesem ganzen »Arbeiterbewegungsunfug« irgendwann ein Ende zu setzen. Das christlich-soziale Lager war isoliert und ohne Heimwehren zu schwach, um ein solches Konzept umsetzen zu können. Erwähnt sei übrigens, dass die christlich-soziale Partei aus dem Lueger-Verein der Antisemiten entstanden ist, dass die heutige ÖVP die Fortführung dieser Partei ist

und letztlich bis heute an deren Traditionen anknüpft. Was die ÖVP unter anderem auch dadurch dokumentiert, dass sie sich noch immer offen zu Dollfuß bekennt.

Man soll diese Parallelen zwar nicht überstrapazieren, aber wir können natürlich auch heute noch beobachten, dass in der ÖVP bestimmte Grundvorstellungen des ständestaatlichen Denkens weiterleben. Wenn wir heute von christlich-sozial reden, unterliegen wir eigentlich einem Irrtum. Denn wenn wir der ÖVP heute vorwerfen, sie sei nicht mehr christlich-sozial, dann meinen wir, dass sie ihre soziale Reformbereitschaft, die sich aus der christlichen, religiösen Überzeugung ergab, mit samt dieser Überzeugung über Bord geworfen hat.

Christlich-sozial im eigentlichen, historischen Wortsinn hieß aber ganz etwas anderes: einen ständisch strukturierten Staat ohne Gewerkschaften zu befürworten, ohne Sozialdemokratie, aber mit einer autoritären Staatsführung. Wenn wir etwa der ÖVP insbesondere unter Schüssel vorgeworfen haben, sie sei nicht mehr christlich-sozial, dann tun wir genau genommen unrecht. Denn im historischen Sinn des Wortes war die Schüssel-ÖVP viel mehr christlich-sozial, als wir das wahrhaben wollten.

## ZWEI GROSSE BLÖCKE

Die Situation der 1920er-Jahre ist also die, dass zwei ziemlich gleich große Blöcke einander gegenüberstehen, und dass diese politischen Lager über zwei etwa gleich große militärische Machtorganisationen verfügen: den Schutzbund und die Heimwehren. Die Heimwehren waren von Haus aus sehr aggressiv angelegt, auch mit bezahlten Mitgliedern, während der Schutzbund auf rein freiwilliger Basis funktionierte, defensiv ausgelegt war zur Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung.

Das gesellschaftliche und politische Klima war beherrscht von permanenten Drohungen, Gewaltanwendung wurde als legitimes Mittel gesehen. In allen Reden und bei allen Auf-

märschen war die Androhung von Gewalt allgegenwärtig. Das ist wahrscheinlich einer der Fehler, die man auch der Sozialdemokratie zuschreiben muss: Man war sehr verbalradikal und hat der Arbeiterschaft das Gefühl gegeben, mit diesem bewaffneten Schutzbund stehe man das durch, die sollen ruhig kommen, wir machen das schon. In Wahrheit konnte davon keine Rede sein. Die Kräfteverhältnisse waren zwar personell in etwa ausgewogen, aber von der Bewaffnung her war es ein völlig aussichtsloses Unterfangen. Der Schutzbund war ausüstungsmäßig heillos unterlegen, wie man heute aus historischen Studien weiß.

### FATALER FEHLER

Dieses allgemeine Klima mitsamt der hohen Arbeitslosigkeit hat aber dazu geführt, dass der verschreckte Bürgerliche noch näher zur Heimwehr rückte, noch mehr anfällig wurde für autoritäre Gedanken, die rundherum auch in anderen Staaten wie Italien (wo seit 1923 Mussolini an der Macht war) oder Deutschland (seit 1933 unter Hitlers Führung) blühten und gediehen. Ein enormer Druck lastete auf den demokratischen Institutionen Österreichs, das war spürbar. In diesem Klima ist der Sozialdemokratie der fatale Fehler unterlaufen, aus dieser defensiven Haltung heraus immer wieder Kompromisse zu machen, immer wieder zurückzuweichen vor Dollfuß und den Heimwehren, und man hat diesen Fehler 1933 dadurch getoppt, dass man Dollfuß fast einen Fahrplan zur Machtergreifung in die Hand gedrückt hat.

Die Sozialdemokratie hat damals jene vier Punkte bekanntgegeben, die den Anlass geben würden, sich mit der Waffe in der Hand zu wehren. Der erste Punkt war die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, zweitens das Verbot der Gewerkschaften, drittens die Besetzung des Wiener Rathauses sowie viertens die Oktroyierung einer neuen Verfassung. Damit hat man Dollfuß ganz genau gesagt, wie weit er gehen kann, bevor die sozialdemokratische Führung sich mit Waffengewalt wehren würde. Entsprechend ist Dollfuß dann auch vorgegangen. Er hat sich Schritt um Schritt an diesen

Punkten orientiert, in der Annahme, dass die »Erfüllung« eines dieser Punkte in Wahrheit keineswegs zu den angedrohten Konsequenzen führen würde, sondern nur deren gleichzeitige Durchführung.

So setzte das Dollfuß-Regime schon 1933 einschneidende Maßnahmen, ohne dass die Sozialdemokratie sich ernsthaft zur Wehr setzte: Die Gewerkschaften wurden bekämpft, dann kam es zu großen Streikbewegungen bei den Bundesbahnen (wo es um Lohnkürzungen ging), wobei von der sozialdemokratischen Führung abgelehnt wurde, den Generalstreik auszurufen. (Ergebnis: Als »Retourkutsche« weigerten sich 1934 die Eisenbahner beim Generalstreik mitzumachen, was dazu führte, dass die Bundesheertruppen aus der Provinz von den »roten« Eisenbahnern zu den Kämpfen in Wien befördert wurden.) Der Republikanische Schutzbund wurde ebenfalls verboten – keine Reaktion der Partei. Die Kommunisten wurden verboten – die Sozialdemokratie vermeinte, das gehe sie nichts an. Maiaufmärsche wurden verboten. Die Vorzensur für die Presse wurde eingeführt, was auch die Berichterstattung der Arbeiterzeitung empfindlich störte. Das Streikrecht wurde stark eingeschränkt, die Überstundenzuschläge wurden abgesenkt. Die Kollektivvertragsfähigkeit wurde abgeschafft (es war also nicht mehr möglich, Kollektivverträge abzuschließen).

### MIT UNS NICHT!

All das geschah im Laufe des Jahres 1933 und wurde von der Sozialdemokratie widerstandslos hingenommen. Das führte zwangsläufig zu einer starken Demoralisierung innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Lebensbedingungen waren schlecht, man hatte kaum Geld, aber das Gefühl, dass einen der »Feind« gegen die Wand drückte. Diese Vorgänge mündeten in die Ereignisse des Feber 1934.

Das Fass begann einfach überzulaufen. Über ein Jahr lang hat das Dollfuß-Regime permanent versucht, den Schutzbund, der bereits verboten war, mit »Nadelstichen« zu stören und mit Alltagsschikanen unter Kontrolle zu bekommen. Da wur-



de ein Lokal durchsucht, dort ein anderes. Und dann kam die berühmte Geschichte mit den Worten »Wir werden ordentliche Arbeit leisten«. Die Schutzbund-Führung in Linz zog ihre eigenen Konsequenzen: »Mit uns nicht« und beschloss, sich zur Wehr zu setzen. Das Tragische an der Situation war, dass die sozialdemokratische Führung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage war, einen zielgerichteten Aufstand zu organisieren, aber ebensowenig in der Lage war, das Aufflackern des unkoordinierten Aufstands zu verhindern. Der Marsch in die Katastrophe war nicht mehr aufzuhalten. Die weiteren Vorgänge sind im Detail hinlänglich bekannt, und müssen hier nicht erneut beschrieben werden.

### GEMEINSAMER FEIND

In der Folge des gescheiterten Feber-Aufstandes entstanden die Revolutionären Sozialisten, bei denen ein Teil der noch kampffähigen Schutzbündler in der Illegalität Unterschlupf suchte. Einige – man muss das ehrlicher Weise erwähnen – liefen zu den Nazis über. (Seit einiger Zeit wird übrigens vor allem in Oberösterreich das Gerücht verbreitet, der Linzer Schutzbund-Führer Bernaschek sei Nazi gewesen. Verbreitetes Zitat: »Wir sind alle Sozialisten, die anderen halt auch national.« Tatsache ist, dass Bernaschek von den Nazis aus den Händen der Heimwehr befreit und öffentlich im Hofbräuhaus »vorgeführt« wurde, was ihm extrem unangenehm war, da er zu den ausgewiesenen Nazi-Gegnern der ersten Stunde zählte.)

Der simple Grund des Überlaufens zu den Nazis: Man hatte einen gemeinsamen Feind, das verhasste Dollfuß-Regime. Der überwiegende Teil aber zog sich ins Privatleben zurück. Soweit die historische Ausgangssituation für den 12. Feber 1934.

Heute stellt man sich natürlich Fragen: Was ging in den Menschen vor? Diese wechselseitige Angst voreinander, die Unfähigkeit miteinander zu reden auch auf den untersten Ebenen. Oben wurde nicht verhandelt, und unten hat man

sich nicht miteinander zu reden getraut, weil man Angst voreinander hatte. Der Arbeiter hatte Angst vor dem Hausherrn, vorm Fabriksbesitzer, der ihn rausschmeißt. Der Fabriksbesitzer hatte seinerseits Angst vor dem Pöbel, der seine Fabrik und die Produktion bedrohte. Es war eine Situation ohne Anknüpfungspunkte.

Auch in der österreichischen Innenpolitik sind wir bis heute nicht in der Lage, uns ernsthaft darüber zu verständigen, was 1934 wirklich geschehen ist. Dabei ist die Sache eigentlich eindeutig: Teile der Sozialdemokratie haben in einer verzweifelten Situation spontan zur Waffe gegriffen, und die anderen, die Heimwehren und die Christlich-soziale Partei hatten es genau darauf angelegt.

### AUS DER GESCHICHTE LERNEN?

Wir erinnern uns noch an die Debatte, die Rudolf Burger losgetreten hat: vergesst das Erinnern. Was Burger in seiner Argumentation übersehen hat: der Begriff des »Vergessens« ist ein vielschichtiger und mehrdeutiger. Ich darf aus meinem Buch »Kollateralschäden« (Verein Alltag Verlag, Wiener Neustadt, 2005) zitieren:

*»Im Individuellen heißt vergessen, etwas heute zu wissen, und es morgen vergessen zu haben. Das Vergessen durch ein Individuum setzt voraus, dass es um einen Tatbestand wusste. Das Wissen um etwas ist die grundlegende Voraussetzung, es vergessen zu können. Kollektive dagegen können vergessen, ohne etwas gewusst zu haben. (...)*

*Hätten die Gegner des österreichischen Bürgerkrieges von 1934 im Jahr 1945 versucht, in einer Art therapeutischer Aufarbeitung ihre wechselseitigen Wunden zu heilen, gäbe es wohl keine Zweite Republik. Sie hätten sich in Kürze wieder die Schädel eingeschlagen. Die Ereignisse in Palästina oder am Balkan zeigen dies deutlich. Aber haben die einstigen Gegner »vergessen«? Natürlich nicht. Sie haben das Thema aus der öffentlichen Diskussion verdrängt (ganz und gar nicht im psychoanalytischen Sinn, wo die Verdrängung ein unbewusster Vorgang ist, sondern wissentlich!). In dem Maß, in dem die einsti-*

*gen Gegner als Personen im Laufe der Zeit verstarben, im selben Maß wurde das Thema zwangsläufig immer weniger relevant. Es berührt heute niemanden mehr in dem Sinne, dass es ein einschneidendes Erlebnis des eigenen, individuellen Lebens ist. Können wir deshalb die Ereignisse von 1934 einfach abhaken? Kann es uns egal sein, dass die ÖVP es nicht übers Herz bringt, das Bild von Dollfuß in ihren Parlamentsräumen endlich abzuhängen? Und was besagt es, dass sie das nicht tut? (...)*

*Wenn man postuliert, dass die Fähigkeit zum Vergessen eine Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben nach Konflikten ist (und dafür spricht vieles), muss man diesen Begriff sorgfältig definieren und verantwortungsvoll verwenden. In diesem Sinn ist das Vergessen ein eingeschränktes: nicht vergessen, was geschehen ist, sondern das Geschehene als eine Realität akzeptieren, die so war, wie sie nun einmal war. Aber: dieses Geschehene nicht fortwährend einer neuen Generation vorrechnen.«*

Das setzt aber voraus, dass auch der einstige Bürgerkriegsgegner, nämlich die ÖVP als historischer Nachfolger, sich entsprechend besinnt. (Die von Robert Menasse zuletzt in der »Presse« vertretene These, der eigentliche »Erbe« des Dollfuß-Regimes sei Haider gewesen, ist selbstredend Unsinn.) Denn trotz der derzeit verströmten Koalitionsfriedfertigkeit ist noch nicht klar, ob die verheimlichten Zielsetzungen (*hidden agenda*) der Schlüssel-ÖVP wirklich von der Tagesordnung genommen worden sind.

## **POLITISCHES MOBING**

Denn diese Agenda war – wenn man sie auf ihren Kern reduziert – die Fortsetzung der Dollfuß-Ziele mit anderen, demokratisch verhüllten Mitteln: nämlich die dauerhafte Vertreibung der Sozialdemokratie von allen Schalthebeln der Macht und die Zerschlagung der Strukturen in einer Form, dass sie nur sehr schwer wieder hergestellt werden könnten. Also nicht bloß der normale Machtwechsel in der Demokratie, sondern die Herstellung einer strukturellen und langfristigen Vorherrschaft der ÖVP. Sprüche wie die über die »roten Gfrieser« wa-

ren bezeichnend für diese Geisteshaltung. Die ÖVP ist nicht an der SPÖ gescheitert, sondern an der Unfähigkeit ihres rechtsradikalen Koalitionspartners.

Dass diese Agenda tatsächlich darauf abzielte, die Sozialdemokratie (und alle sozialdemokratischen Ideen) dauerhaft von der Macht abzuschneiden, bewies das Verhalten der ÖVP in der Koalition mit der SPÖ unter Kanzler Gusenbauer. Eine forcierte Obstruktionspolitik innerhalb der Regierung sollte der Bevölkerung vor Augen führen, dass die SPÖ ungeeignet ist, den Staat zu führen. Mittels der systematischen »Deonstruktion des SP-Kanzlers« (so Armin Turnherr sehr zutreffend im »Falter«), einer spezifischen Abart des politischen Mobbing, sollte dieses Ziel erreicht werden.

## **ERST DANN!**

Diesmal scheiterte die ÖVP am Dilettantismus des eigenen Kanzlerkandidaten Molterer, den die Neuwahlen – trotz großer Verluste der SPÖ – nicht auf den ersten Platz hieften. (Und man muss vermuten, dass die klein gewordene Große Koalition nur deshalb eingegangen worden ist, weil besonnenen Leuten in der ÖVP klar wurde, dass ein weiteres Beharren auf der Schlüssel-Agenda die ÖVP und die Republik noch weit nachhaltiger schädigen würde, als es ohnedies bereits geschehen ist).

75 Jahre nach dem österreichischen Bürgerkrieg ist es wohl nicht unvermessen, der ÖVP anzuraten, endlich die eigene, austro- oder klerikal-faschistische (wie immer man das nennen will) Vergangenheit mindestens ebenso ernsthaft aufzuarbeiten, wie die SPÖ das mit ihren braunen Flecken getan hat; die Heldenverehrung für Dollfuß (samt Bilderhänger) zu beenden, und die Verbindungsfäden zur Vorläuferpartei sowohl auf emotional-sentimentaler als auch auf politischer Ebene endlich zu kappen.

Wenn die ÖVP das hinbekommt, dann – aber erst dann – kann man die Diskussion über die Ereignisse des 12. Feber

1934 ins Historische Museum verlegen. Solange das aber nicht erfolgt ist, wird es nicht unklug sein, sich durchaus ruhig und gelassen und ohne dabei irgend welchen Verschwörungstheorien anzuhängen, immer wieder zu vergewissern, was denn nun der Hintersinn der Politik der ÖVP wirklich ist. Wer das Bild eines Diktators in seinen Club-Räumen partout hängen lässt, muss sich eben auch in aller Freundlichkeit gewisse Fragen gefallen lassen. ◆

#### **MICHAEL AMON**

lebt als Schriftsteller in Wien und Gmunden, schreibt Romane und Essays, Bruno Kreisky-Anerkennungspreis für das politische Buch, zuletzt erschienen »Nach dem Wohlstand – Politik jenseits der Menschen, Essays« und »1968 – Ein kurzes Lächeln im langen Mai«, beide bei Molden. Er ist Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik (GfK) und der OÖ GfK.



LAWRENCE OF ARABIA 1962, DAVID LEAN



# DAVID LEAN

David Lean

Der Schwerpunkt des Februar-Programms im Österreichischen Filmmuseum gilt dem 1991 verstorbenen britischen Großregisseur Sir David Lean. Mit Filmen wie Lawrence of Arabia oder Doctor Zhivago hat sich Lean als Meister der Kino-Epik verewigt, doch spätestens seit den zahlreichen Hommagen aus Anlass seines 100. Geburtstages im vergangenen Jahr wird auch seinem Frühwerk große Aufmerksamkeit zuteil; aus heutiger Sicht zählen einige dieser subtilen Kammerspiele und Literaturverfilmungen zu Leans bedeutendsten Werken. Die Retrospektive besteht fast durchwegs aus neu restaurierten Kopien, die dank der Zusammenarbeit mit dem British Film Institute nun erstmals in Wien gezeigt werden können.

Filmmuseum, 11. Februar bis 4. März 2009  
Augustinerstraße 1 (im Gebäude der Albertina)  
1010 Wien, Österreich  
[www.filmmuseum.at](http://www.filmmuseum.at)

# Keynes we can!

**SCHWERPUNKT** Andreas Breitenfellner erkennt im plötzlichen Revival des Staates als Retter in der Finanzkrise einen ökonomischen Paradigmenwechsel und skizziert, mit welchen keynesianischen Instrumenten der Krise beizukommen ist.

**M**artin Wolf, Chef-Kommentator der *Financial Times*, wiederholt jetzt ein Zitat des konservativen US-Präsidenten der 70er Jahre, Richard Nixon: »We are all Keynesians now.« Doch der Ruf nach dem Staat erfolgt nicht aus Überzeugung von seiner Effizienz, sondern mangels Alternativen. »Keynes we can« nennt Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, das optimistischste seiner vier Krisenszenarien, weil er staatliche Wirtschaftsstimulierung mit der Aufbruchstimmung des neuen US-Präsidenten versehen möchte. Damit dieser Optimismus jedoch tragend wird, bedarf es klarer Analysen, visionärer Ziele und energischen Handelns.

Die Geschwindigkeit mit der sich der gegenwärtige Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik vollzieht, lässt viele nicht aus dem Staunen kommen. Symbolfigur für den plötzlichen Gesinnungswandel im Zuge der größten Finanzkrise der letzten Jahrzehnte ist der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann. Noch 2005 postulierte Deutschlands mächtigster Finanzmanager selbstsicher: »Es geht darum, dass wir in unserer sozialen Marktwirtschaft wieder stärker die Marktkräfte betonen.« Kaum drei Jahre später räumt er ein: »Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskraft der Märkte.«

## AUFSTIEG UND STURZ DES KEYNESIANISMUS

Schon einmal war eine Weltwirtschaftskrise Ausgangspunkt für ein ähnliches Umdenken im vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen und –politischen Diskurs. Damals, in den 1930er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, war es der britische Ökonom John Maynard Keynes, der das Denken und die Politik radikal veränderte. Zu dieser Zeit empfahlen noch Vertreter der dominierenden *neoklassischen Gleichgewichtslehre* sowie der so genannten *Österreichischen Schule* der Nationalökonomie um Friedrich von Hayek, die mit dem Börsencrash 1929 ein-

setzende *Große Depression* durch niedrige Löhne und staatliche Sparpolitik zu bekämpfen. Keynes hielt dem entgegen, dass dies die Nachfrage noch weiter senken und damit die Arbeitslosigkeit weiter verschärfen werde, was dann auch eintrat.

Kern seiner *Allgemeinen Theorie* ist, dass Marktungleichgewichte der Normalfall sind, und selbst wenn sich die Güter- und Geldmärkte im Gleichgewicht befinden, so gilt dies nicht zwingend für den Arbeitsmarkt. Das heißt, es gibt *konjunkturelle*, also *unfreiwillige* Arbeitslosigkeit. Hier müsse der Staat als Nachfrager vorübergehend einspringen und die Wirtschaft wieder anzukurbeln: »*I bring in the State; I abandon laissez-faire.*« Umgesetzt wurde dieser Ansatz im großen Stil erstmals in den Vereinigten Staaten 1933, nach dem Amtsantritt Franklin D. Roosevelts als Präsident. Im Rahmen des *New Deal* wurde versucht, die Binnenkonjunktur durch massive staatliche Investitionen zu beleben und die Massenarbeitslosigkeit und –armut zu lindern.

So eindrucksvoll diese Politik für die damalige Zeit auch war, so sehr blieb sie doch hinter den Erfordernissen zurück, um das erschütterte Vertrauen der Wirtschaftsteilnehmer nachhaltig aufzurichten. Tatsächlich beseitigt wurde die Arbeitslosigkeit erst durch den Kriegseintritt der USA im Jahr 1941. Wie bereits zuvor in Nazi-Deutschland sollte Keynes Theorie letztlich in der Kriegswirtschaft seine Bestätigung finden.

Nach dem Krieg wird der Keynesianismus zur weltweit anerkannten Referenz für die *Konjunktursteuerung* der nun sozial genannten Marktwirtschaft. Das galt auch während der so genannten Ölkrise Mitte der 1970er-Jahre, während der Helmut Schmidt und Bruno Kreisky folgendes berühmte Zitat zugeordnet wurde: »Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit«. Aber diesmal wirkte das *deficit spending*

scheinbar nicht mehr, und zurück blieben gleichzeitig steigende Inflation, Arbeitslosigkeit und Staatsschulden. Diese *Stagflationsphase* verhalf der *monetaristischen Konterrevolution* des amerikanischen Ökonomen Milton Friedman zum Durchbruch. In *Thatcherism* und *Reagonomics* fanden seine Ideen ihre Umsetzung. Ronald Reagan brachte den Zeitgeist auf den Punkt: »Government is not the solution to our problems; government is the problem.«

Später wurde der Monetarismus durch mehrere *neoklassisch-keynesianische Synthesen* abgelöst; und zuletzt bestimmte die Debatte an den Universitäten, Denkfabriken und wirtschaftspolitischen Institutionen ein so genanntes *neukyenesianisches Modell*. Ein glatter Etikettenschwindel, handelt es sich doch dabei um ein essentiell neoklassisches Modell, das nur durch die Keynes'sche Annahme rigider Preis- und Lohnfestsetzung, verursacht durch Oligopole und Gewerkschaften, ergänzt wurde. Arbeitslosigkeit kommt darin nur als Folge unflexibler Tariflöhne vor.

De facto fiel also der *Mainstream* wirtschaftspolitischer Beratung wieder auf den Stand der *Laisser-faire-Doktrin* des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft zurück. Ausdruck dessen war der *Washington Konsens* von Internationalem Währungsfonds, Weltbank und US-Treasury mit seinen drei Imperativen: Liberalisieren, Deregulieren und Privatisieren. Doch nun plötzlich vollziehen dieselben Institutionen eine Schubumkehr vom *Neoliberalismus* (oder besser *Marktfundamentalismus*) zu staatlichem Aktivismus à la Keynes. Was war geschehen?

## VON DER FINANZ- ZUR KONJUNKTURKRISE

Auslöser der gegenwärtigen Finanzkrise war das Platzen einer US-amerikanischen Immobilienblase. Diese nach dem Hypothekensegment niedrigster Bonität benannte *Subprimekrise* wird meist mit einer zu laxen Geldpolitik der USA und mangelnder Finanzmarktaufsicht in Zusammenhang gebracht. Das ist grundsätzlich richtig, doch die Ursachen liegen tiefer: Renditeerwartungen wurden systematisch überschätzt (Ackermann sprach von 25 Prozent) und Risiken entspre-

chend unterschätzt. In diesem Sinn ist die Krise eine für den Kapitalismus durchaus typische. Keynes hätte gesagt: »There is nothing so disastrous as a rational investment policy in an irrational world.«

Eine allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit erzeugte einen Bedarf nach Finanzinnovationen (Derivate, Hedgefonds etc.), die in Konkurrenz zu realwirtschaftlichen Investitionen stehen. Ungleich wachsende Vermögen suchten ihrerseits nach hoher Rendite im sich aufblähenden Finanzmarkt. Gleichzeitig sorgte die wachsende Einkommensungleichheit für eine Überschuldung der Privathaushalte. Als die Blase platzte stellten die globalisierten Finanzmärkte sowie internationale Zahlungsbilanzungleichgewichte sicher, dass sich die Krise rasch auf alle Kontinente ausbreitete.

Glaubten zu Beginn noch viele, die Krise ließe sich auf den Finanzmarkt beschränken, wurde rasch deutlich, dass die von Keynes entdeckte Präferenz liquide Geldmittel in Zeiten der Unsicherheit zu horten bzw. Konsum- und Investitionsentscheidungen aufzuschieben der Realwirtschaft lebensnotwendige Liquidität entzog.

Die Auftragseingänge brachen ein. Produktion und Investition wurden zurückgefahren. Die daraus resultierenden Beschäftigungseffekte lassen nicht lange auf sich warten. Erst werden LeiharbeiterInnen nach Hause geschickt, dann die Stammbeflegschaften auf Kurzarbeit gesetzt, um das Know-how im Betrieb zu halten. Dauert die Rezession jedoch länger an, werden auch diese gekündigt. Mit steigender Arbeitslosigkeit sinkt die Nachfrage und eine Abwärtsspirale wie in den dreißiger Jahren setzt ein.

## KONJUNKTURPOLITIK, RELOADED

Als die Gefahr eines Teufelskreislaufs erkannt wurde, trat die Wirtschaftspolitik auf den Plan. Erst mit Bankenrettungspaketen um das Nervensystem der Wirtschaft intakt zu halten: Die Zentralbanken stellen Liquidität bereit, während die Staaten den Zwischenbankenverkehr garantieren, die Einlagen si-

chern und sich an Banken beteiligen. Gleichzeitig sorgt die Geldpolitik für niedrige Zinsen, in der Hoffnung, dass diese an die Kreditnehmer weitergegeben werden. Bald jedoch wurde erkannt, dass das geldpolitische Zinsinstrumentarium an die Grenzen seiner Wirksamkeit stößt und im Extremfall die von Keynes als *Liquiditätsfalle* bezeichnete Situation eintreten könnte. Deshalb entschied sich nun ein Staat nach dem anderen für fiskalpolitische Konjunkturbelebungsprogramme keynesianischen Zuschnitts. Wieder gingen die USA voran, die Europäer folgten, und Deutschland hinkte etwas nach.

Ende letzten Jahres verkündete die EU in ungewohnter Einigkeit ein Konjunkturprogramm, das insgesamt 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an öffentlichen Ausgaben mobilisieren sollte. Bislang sind Ausgabenprogramme der Mitgliedsstaaten von in Summe gut einem Prozent für das laufende Jahr 2009 veranschlagt. Für europäische Verhältnisse ist das beachtlich, bedenkt man zudem, dass die Budgetdefizite durch steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen – die so genannten *automatischen Stabilisatoren* – ohnehin belastet sind. Setzt man diese Zahlen jedoch in Relation zu den allein von US-Präsident Obama veranschlagten Ausgabenprogrammen von über fünf Prozent der Wirtschaftsleistung sieht es wieder etwas bescheidener aus. Außerdem ist nicht klar, wie effektiv die Programme wirklich sein werden.

### WIRKSAMKEIT NICHT EINDEUTIG

Die Wachstumswirkung der Maßnahmen hängt vom *keynesianischen Multiplikator* ab, in dem die Konsumneigung sowie die Importquote einer Volkswirtschaft einfließen. Markus Marterbauer schätzt den Multiplikator einer Erhöhung autonomer Ausgaben in der EU auf knapp zwei und damit auf gut das Doppelte des Multiplikators von Österreich. Der Grund für diesen Unterschied ist die Importquote: Der europäische Binnenmarkt ist eine geschlossene Volkswirtschaft, in der nur etwa zehn Prozent der verbrauchten Güter und Dienstleistungen aus dem Ausland importiert werden. Österreichs Importquote beträgt hingegen etwa 60 Prozent. Abziehen vom Multiplikator wären allerdings erstens Verdrängungseffekte von priva-

ten Investitionen (*Crowding-out*). Dieses Argument wiegt zurzeit kaum, da die Privatinvestitionen soundso zurückgefahren werden bzw. deren Finanzierung von den Banken erschwert wird.

Zweitens sind jedoch Vertrauenseffekte zu berücksichtigen, zumal idealtypisch *rationale* Bürger erwarten sollten, dass höhere Staatschulden spätere Sparpakete nach sich ziehen. Diese *nicht-keynesianischen* (bzw. *ricardianischen*) Effekte sind von Land zu Land unterschiedlich. Insbesondere den Deutschen sagt man nach, dass sie den Großteil staatlich gestützter Einkommen auf die hohe Kante legen. In Amerika hingegen beleben staatliche Einkommenstransfers den Konsum sehr rasch. Die meisten europäischen Länder liegen hier irgendwo dazwischen.

Die Europäische Kommission ist dennoch skeptisch: Sie hält es sogar für möglich, dass in Zeiten in denen die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Zweifel gezogen wird, die nicht-keynesianischen Effekte überwiegen. Testergebnisse des Internationalen Währungsfonds lassen diesbezüglich für fortgeschrittene Ökonomien einen effektiven Multiplikator von 1 bis 1,5 mutmaßen. Das heißt, dass die öffentlichen Ausgaben der EU, die sich für heuer vorerst auf etwa ein Prozent des EU-BIPs summieren, einen Wachstumseffekt von maximal 1,5 Prozent des BIP bewirken können.

Allerdings werden die meisten Maßnahmen erst im Laufe des kommenden Jahres wirksam und somit die betroffenen Länder nicht vor Mitte des Jahres aus der Rezession führen. Trotz der angekündigten Konjunkturpakete sowie der oben erwähnten automatischen Stabilisatoren prognostiziert die Kommission daher für 2009 eine Schrumpfung der Wirtschaft um beinahe zwei Prozent. Mit einem Wort: Wir können nur hoffen, dass die Wirtschaftspolitik eine Depression verhindern kann, die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit scheint dennoch unausweichlich. Wie so oft liegt der Teufel auch hier im Detail. Nicht alle Ausgaben sind gleich sinnvoll. Deshalb ist in der gegenwärtigen Diskussion auch viel von optimalen



Kriterien die Rede. Nationale und europäische Konjunkturmaßnahmen sollen möglichst zügig, zielgerichtet und zeitlich befristet umgesetzt werden. Im Sinne der oben skizzierten Vertrauenseffekte ist auch wichtig, dass alle Staaten koordiniert vorgehen und dass die Staatshilfe nicht zu knapp ausfällt. Zu berücksichtigen sind auch die langfristigen strukturpolitischen Wirkungen. Stichwort: intelligente Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Energieeffizienz, sowie aktive Arbeitsmarktmaßnahmen.

### GEFAHR DES ANGSTSPAREN

Allgemeine Steuersenkungen entsprechen nur wenigen dieser Kriterien, haben also einen geringen Multiplikator. Zielgerichtet auf Haushalte mit niedrigen Einkommen sind sie schon etwas vernünftiger, weil hier die Konsumneigung größer ist. Bezieher von Niedrigsteinkommen bleiben dennoch ausgeschlossen, da sie gar keine Steuer zahlen. Ergänzt durch eine Negativsteuer ließen sich selbst diese Gruppen wieder ins Boot aufnehmen. Noch klüger ist es, Steuersenkung auf, sagen wir, ein Jahr zu beschränken; dann werden nämlich Käufe vorgezogen. Direkte Transferzahlungen an Haushalte, wie die von der EU-Kommission vorgeschlagene vorübergehende Erhöhung des Arbeitslosengeldes, erfüllen all die genannten Kriterien. Breiter gestreute Transfers tragen allerdings das Risiko mit sich, dass ein Großteil der Ausgaben als *Angstsparen* verpufft.

Mit innovativen Ideen lässt sich auch das verhindern und zudem positive Langfristeffekte erzielen, etwa durch zweckgebundene *Bildungsschecks*. In der *Financial Times* entstand die verwandte Idee von *Klimaschecks*, die beispielsweise beim Kauf von Solaranlagen, Niedrigenergiegütern oder der Bahn-Vorteilskarte eingelöst werden können. Der Multiplikator wäre hier vermutlich ähnlich hoch wie bei direkten öffentlichen Investitionsmaßnahmen in Infrastruktur, Bildung oder erneuerbare Energieträger. Auch Keynes hatte direkte Beschäftigungsprojekte im Sinn. Allerdings tritt bei hier die Wirkung oft erst mit Verzögerung ein. Beschleunigung von Planungsprozessen und Genehmigungsverfahren kann da Abhilfe verschaffen.

Definitiv kontraproduktiv sind jedenfalls Maßnahmen, die darauf abstellen, die kostenseitige internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, wie sie etwa im Senken der deutschen Sozialversicherungsbeiträge angedeutet wird. Diese Krise verschont kein Land, nicht einmal den Exportweltmeister Deutschland. Geradezu absurd also, sich mit Hilfe der Auslandsnachfrage aus der Rezession wieder entziehen zu wollen. Noch schlimmer sind protektionistische Tendenzen, wie sie Förderungen für einzelne Industrien darstellen können. Das birgt die Gefahr eines Subventionswettkaufs in sich, der zu sehr an die fatale *Beggar-thy-neighbour-Politik* der Großen Depression erinnert.

### RENAISSANCE DES AUSTROKEYNESIANISMUS

Die Beurteilung der österreichischen Rettungs- und Stimulierungsmaßnahmen fällt vor diesem Hintergrund grundsätzlich positiv aus – nicht ohne Wehrmutstropfen freilich. Mit einem Bankenhilfspaket im Ausmaß von 100 Milliarden Euro kommt Österreich seiner Verantwortung als führender Investor im osteuropäischen Bankensektor nach. Aber auch die beiden Konjunkturpakete sind durchaus beachtlich, selbst wenn man berücksichtigt, dass darin enthaltene Staatsgarantien (noch) keine Ausgaben darstellen. Hinzu kommen die lange zuvor versprochene Steuerreform sowie die ungeplanten Inflationsabgeltungsmaßnahmen der Vorwahlzeit, die man wohl auch als Konjunkturstütze begreifen kann. In Summe wurden vielleicht acht Milliarden Euro in Aussicht gestellt; das wäre über zweieinhalb Prozent des österreichischen BIPs. Im Jahr 2009 werden davon laut EU-Kommission etwa 1,8 Prozent in Bewegung gesetzt – immer noch weit mehr als im Durchschnitt des Euroraums.

Weniger vorbildlich jedoch ist die Struktur der Maßnahmen: Nur ein Fünftel sind Ausgaben, der Rest sind entfallene Steuereinnahmen. Auch der Anteil an Investitionsförderungen und direkten Infrastrukturmaßnahmen bleibt unterdurchschnittlich. Über die geringen Konjunkturreffekte von Steuerreformen wurde bereits einiges gesagt. Hinzu kommt, dass die von der Regierung vereinbarte Reform weitere suboptimale

Charakteristika in sich trägt, wie die Vernachlässigung niedriger Einkommen und das Heraufsetzen der Grenze, ab der der Spitzensteuersatz greift.

Das ebenso beschlossene erhöhte Kindergeld sowie kinderbezogene Steuererleichterungen sind zwar sinnvoll, noch nachfragewirksamer wäre jedoch der direkte Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen gewesen. An den Maßnahmen im Bildungsbereich gibt es wenig auszusetzen, die Forschungsförderung blieb jedoch bedauerlicherweise unterbelichtet. Hundert Millionen Euro für Gebäudesanierung zum Klimaschutz gehen in die richtige Richtung, sind aber erst ein bescheidener Anfang. All diese Schwächen sollen aber in keiner Weise den Erfolg eines neuen konsensgetragenen *Austrokeynesianismus* schmälern.

### KRITIK UND VERWERTBARE CHANCEN

Freilich, nicht alle Bedenken können ausgeräumt werden. Dass die Krise eine willkommene Bereinigung sei, wagt wohl niemand mehr ernsthaft zu behaupten. Von einer neuen Inflationse Gefahr kann zurzeit auch keine Rede mehr sein; immer mehr Stimmen warnen vor dem Gegenteil: einer Deflation. Was die Budgetdefizite betrifft, so wird eine Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt erlaubte Defizitgrenze von drei Prozent überschreiten. Der Pakt hat zwar für Ausnahmesituationen wie diese genügend Flexibilität eingebaut, doch aus den Fehlern des *Vulgärkeynesianismus* ist zu lernen. Sobald die Erholung eintritt gilt es, die öffentlichen Haushalte wieder zu sanieren.

Ein eher technisches Problem ist die mangelnde Liquidität der Anleihemärkte. Verschärft sich diese Situation weiter, bliebe noch immer die Finanzierung über die Notenpresse eine Möglichkeit. Ein unschöner Gedanke, aber vieles der Krisenbekämpfung hat experimentellen Charakter und wir können uns nicht erlauben notwendige Schritte unversucht lassen.

Nach erfolgter Überwindung der Krise heißt es, ihren Ursachen auf den zu Grund gehen. Auch hier werden wir bei Key-

nes Rat finden. Wesentlich ist die Wiederaufnahme binnen- und außenwirtschaftlicher Gleichgewichte in den volkswirtschaftlichen Zielkatalog, dem vergessenen *magischen Vieleck*. Darin wird auch die globale Regulierung der Finanzmärkte enthalten sein. All das könnte Teil einer Neuauflage des von Keynes maßgeblich beeinflussten *Bretton-Woods-Abkommens* sein. Gleichzeitig können Spielräume nationaler Re-regulierung genutzt werden (Stichwort: Stiftungsrecht, Bankgeheimnis, etc.).

Globale und nationale Finanzmärkte wieder stärker an die Zügel zu nehmen, wird von der Bevölkerung als durch und durch gerecht empfunden. Und diese Gerechtigkeit ist auch Voraussetzung für neues Vertrauen, ohne das die besten Konjunkturpakete unwirksam bleiben. Noch motivierender wirkt ein ehrgeiziges Ziel, das einen Akt der nationalen Kraftanstrengung erfordert, wie das seinerzeit der Sieg über den Faschismus darstellte. Auf die heutige Zeit umgelegt könnte der Kampf gegen die absehbare Klimakatastrophe einen vergleichbaren internationalen Kraftakt hervorrufen. Die von der Internationalen Energieagentur geforderte *Energierévolution* schafft Investitionspotential, Arbeitsplätze und eine lebenswertere Welt. Keynes hätte die Chance erkannt. ◆

**ANDREAS BREITENFELLNER**

ist Senior Expert, Auslandsanalyseabteilung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). Der Artikel spiegelt die persönliche Ansicht des Autors und nicht notwendigerweise die der OeNB wider.

DAVID LEAN



THE PASSIONATE FRIENDS 1948, DAVID LEAN

# Wir brauchen einen Öko-Keynes

**SCHWERPUNKT** Norbert Templ plädiert für einen »Öko-Keynes« zur Behebung der Krise. Unter der Annahme, dass es in einer »reifen« Volkswirtschaft kein exponentielles, sondern lineares Wachstum geben könnte, müsse bei konjunkturbelebenden Maßnahmen auf »qualitativen Konsum« geachtet werden.

**F**inanzkrise, Rezession, Klimawandel – es hat sich ein brisantes Gemenge zusammengebraut. Europa, ja die ganze Welt stemmt sich mit gewaltigen Konjunkturpaketen gegen den massivsten Wirtschaftsabschwung der letzten Jahrzehnte. Was sind die Ursachen der Krise und wie kommen wir da wieder raus?

Die Finanzkrise mag uns alle überrascht haben (obwohl es etliche Warnungen gab), aber schon vor Ausbruch der Krise war Europa nicht auf einem nachhaltigen Wachstumskurs im Sinne der Lissabon-Strategie. Im Jahr 2000 von den EU-Staats- und Regierungschefs in Lissabon beschlossen, sollte die Strategie die EU bis 2010 zum stärksten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen, mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt.

Um die Fortschritte messen zu können, wurden etliche quantifizierbare Ziele für 2010 festgeschrieben: 70% Gesamtbeschäftigungsquote, 60% Beschäftigungsquote bei Frauen, 50% Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen, 3% des BIP für Forschung & Entwicklung, Kinderbetreuungsplätze für 90% der Dreijährigen bis Schulpflichtigen und vieles mehr.

Neun Jahre später ist die Bilanz ernüchternd und der Ausblick düster. Alle die im Rahmen der Lissabon-Strategie propagierten und zum Teil umgesetzten Strukturreformen haben nicht verhindert, dass Europa in Folge der Finanzkrise in eine Rezession geschlittert ist. Die EU-Kommission hat am 19.1.2008 die Wachstumsprognosen erneut drastisch nach unten revidiert und spricht von der »schlimmsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg«. Aktuell beläuft sich die BIP-Wachstums-

prognose für die Jahre 2008/2009/2010 für die Eurozone auf 0,9/-1,9/0,4 Prozent! Fazit: Die Arbeitslosigkeit wird wieder steigen, in der Eurozone von 7,5% (2008) auf 10,2% (2010). Aber selbst diese düsteren Zahlen ändern sich im Wochenrhythmus. Schon wird diskutiert, ob zum Beispiel die deutsche Wirtschaft 2009 um zwei oder drei Prozent schrumpft! (s. Tabelle S. 22) Was läuft da falsch?

## LÄHMENDER RICHTUNGSSTREIT

Der Erfolg der Strategie hängt davon ab, dass die EU auf einen Wachstumspfad von 3% jährlich einschwenkt. Diesen Zusammenhang zwischen Wachstum und Lissabon-Ziele hat der Europäische Rat mehrmals bestätigt. Seit 2001 ist diese Wachstumsrate im EU-Durchschnitt allerdings mit einer Ausnahme (2006) nicht mehr erreicht worden. Besonders auffallend ist dabei die Wachstumsschwäche jener drei großen Mitgliedstaaten, die zusammen über 50% des BIP der EU erwirtschaften (Deutschland, Frankreich, Italien) – Deutschland allein steht immerhin für 22% des EU-BIP. Das manifestiert die enorme Bedeutung Deutschlands für den Erfolg der Strategie.

Wahrscheinlich tobt deswegen gerade unter Ökonomen in Deutschland seit Jahren ein lähmender Richtungsstreit über Ursache und Überwindung der Wachstumsschwäche und damit hohen Arbeitslosigkeit in Europa. Dabei geht es um die Frage, wie Wachstum entsteht. Ist Wachstum eine Frage der Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage (öffentlicher und privater Konsum, öffentliche und private Investitionen) oder geht ein Aufschwung von Strukturreformen auf den Arbeits-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten aus? Zugespitzt auf den Arbeitsmarkt lautet die Frage: Entstehen neue Jobs durch Wirtschaftswachstum oder durch Arbeitsmarktreform-

- 1) [www1.uni-hamburg.de/IWK/appell.pdf](http://www1.uni-hamburg.de/IWK/appell.pdf)
- 2) So Wolfgang Franz, Mitglied des Sachverständigenrates der deutschen Bundesregierung zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage, im Jänner 2005; [www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm](http://www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm)
- 3) [www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm](http://www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm)

- 4) Horst Afheldt: »Wirtschaft, die arm macht«, Verlag Antje Kunstmann, aktualisierte Neuauflage, München 2005
- 5) Norbert Reuter: »Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie«, in: UTOPIE kreativ, Februar 2002, S. 131 - 144

men à la Hartz? Im sogenannten »Hamburger Appell«<sup>1</sup> – mit Blick auf den deutschen Wahlkampf im Juni 2005 geschickt platziert – behaupten über 240 Wirtschaftsprofessoren, dass sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einer nachhaltigen Steuerung »weitestgehend entzieht«. Eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage sei nur »durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung möglich«.

Durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft könne diese Entwicklung »abgefedert« werden. Auf den Punkt gebracht lautet das wirtschaftspolitische Credo der Neo-Liberalen: »Neue Jobs werden nur entstehen, wenn Unternehmenssteuern und Sozialabgaben sinken, das Arbeitsrecht stark vereinfacht wird und die Lohnzuwächse bescheiden ausfallen.«<sup>2</sup>

Demgegenüber kritisieren die in der EuroMemorandum-Gruppe<sup>3</sup> zusammengeschlossenen europäischen WirtschaftswissenschaftlerInnen in ihren jährlichen »EuroMemoranda« diese neoliberale angebotstheoretische Konzeption der Wirtschaftspolitik und fordern beharrlich einen makroökonomischen Kurswechsel. Für sie liegt die Hauptursache für das unbefriedigende Wirtschaftswachstum seit 2001 – und damit der hohen Arbeitslosigkeit – gerade eben darin, dass die Wirtschaftspolitik der EU die weiterhin wichtige Rolle der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Belebung der Wirtschaft vernachlässigt. Entscheidend ist also die Förderung der Binnennachfrage und hier vor allem der private Konsum, der etwa in Deutschland 60% der Gesamtnachfrage ausmacht.

## LIEGEN BEIDE SEITEN FALSCH?

Was ist aber, wenn beide Seiten falsch liegen, weil hochentwickelte Volkswirtschaften nur mehr linear wachsen? Dass die Neoliberalen falsch liegen, beweist die Entwicklung der letzten Jahre. Ob der Konjunkturaufschwung 2006 in Deutschland auf die Arbeitsmarktreformen zurückzuführen ist, ist schwer nachweisbar. Er zeigt aber deutlich den Zusammenhang zwi-

schen Wachstum und Beschäftigung. Schon 2007 gehen die Wachstumsraten wieder zurück und 2009 steckt die größte Volkswirtschaft der EU in der Rezession. Wäre es nicht an der Zeit, es wieder mit Keynes zu versuchen – also mit einer staatlich induzierten Förderung der Binnennachfrage durch eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen?

Aber was ist, wenn auch mit einer Nachfragepolitik kein dauerhafter, sich selbsttragender Konjunkturaufschwung erreicht werden kann, weil hochentwickelte Volkswirtschaften mit einem dekadenden-übergreifenden Trend abnehmender Wachstumsraten konfrontiert sind? Dann würden wir nur vorübergehend mehr Beschäftigung schaffen, allerdings um den Preis noch höherer Staatsschulden.

## LINEARES WACHSTUM

Lineares Wachstum liegt dann vor, wenn das BIP jährlich um den gleichen Betrag steigt. Aus statistischen Daten lässt sich unschwer ableiten, dass Deutschland in den letzten 50 Jahren – trotz verschiedener Konjunkturprogramme und einer permanenten Reformpolitik – im Durchschnitt nur linear gewachsen ist. Erstaunlich ist, dass dieser lineare Wachstumstrend von der Mainstream-Ökonomie weitgehend ignoriert wird. Ich selbst bin eher zufällig auf diese Thematik gestoßen und verdanke wertvolle Erkenntnisse dem Institut für Wachstumsstudien ([www.wachstumstudien.de](http://www.wachstumstudien.de)) – einem Zusammenschluss junger Wissenschaftler und Studenten verschiedener Fachgebiete und Universitäten – sowie den Ökonomen Horst Afheldt<sup>4</sup> und Norbert Reuter<sup>5</sup>. Afheldt weist nach, dass das jährliche Sozialprodukt in Deutschland in jedem Jahrzehnt seit 1950 um rund 300 Mrd. Euro gewachsen ist. Dies bedeutet, dass die prozentualen Wachstumsraten fallen müssen, wenn der absolute Zuwachs im Durchschnitt linear verläuft.

Dazu ein einfaches Rechenbeispiel: 1955 betrug das BIP der BRD (in Preisen von 1995) knapp 400 Mrd. Euro. Damals war Deutschland das heutige China – das Wirtschaftswachstum betrug 12,1%, was eine absolute Zunahme von 42,5 Mrd.

**BIP ZU KONSTANTEN PREISEN** (jährliche prozentuelle Veränderung)

	2002-06	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Eurozone</b>	1.7	2.2	1.7	2.9	2.7	0.9	- 1.9	0.4
<b>EU</b>	2.0	2.5	2.0	3.1	2.9	1.0	- 1.8	0.5
<b>D</b>	0.9	1.2	0.8	3.0	2.5	1.3	- 2.3	0.7
<b>F</b>	1.7	2.5	1.9	2.2	2.2	0.7	- 1.8	0.4
<b>I</b>	0.9	1.5	0.6	1.8	1.5	- 0.6	- 2.0	0.3
<b>AT</b>	2.2	2.5	2.9	3.4	3.1	1.7	- 1.2	0.6

Quelle: EU-Kommission, EU-Zwischenprognosen für 2009-2010, 19.1.2009

Euro bedeutete. 1990 reichten 5,7% Wachstum (Wiedervereinigungsboom) aus, um einen fast doppelten so hohen absoluten Zuwachs zu erreichen, nämlich 80,1 Mrd. Euro. Und im Jahr 2000 bedeutete ein Wachstum von 2,9% einen absoluten Zuwachs von 54,7 Milliarden.

Diese Zahlen manifestieren eines: Je stärker eine Volkswirtschaft bereits ist, desto höher muss der absolute Zuwachs ausfallen, um zum Beispiel eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 3% zu erreichen. Drei Prozent Wachstum bedeuten 1955: 12 Mrd. Euro, 1990: 43 Mrd. Euro, 2000: 60 Mrd. Euro. Man kann sich leicht ausrechnen, was es bedeutet hätte, wenn der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage Ende der 60er Jahre Recht gehabt hätte – damals erklärte er ein Wachstum von 6% zum Maßstab einer erfolgreichen oder weniger erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung.

**IN DEN ANFANGSJAHREN**

Lineares Wachstum mit sinkenden prozentuellen Wachstumsraten scheint das »Schicksal« entwickelter Volkswirtschaften zu sein. Afheldt spricht diesbezüglich vom »Gesetz des linearen Wachstums«. Exponentielles Wachstum – also konstant hohe prozentuale Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum hinweg – sind in der Regel typisch für die Anfangsjahre einer industrialisierten Volkswirtschaft, wie gegenwärtig in China und Indien anschaulich zu beobachten ist. Ein Ausnahmefall sind die USA, was laut Afheldt mit der Bevölkerungszunahme zu erklären ist. Allerdings sollte der Vergleich mit China nicht täuschen: China wächst seit Jahrzehnten exponentiell, dennoch führen die niedrigen Wachstumsraten in Deutschland noch immer zu einem größeren Vermögenszuwachs pro Kopf als die enormen Wachstumsraten in China. Die Schere geht also immer noch zugunsten Deutschlands auseinander.

Aus der linearen Extrapolation der Entwicklung des BIP in den Jahren 1950 bis 2002 errechnet das Institut für Wachstumsstudien einen Wachstumsgrundwert, der für Deutschland

derzeit bei 1,4% liegt. Dieser Wert liegt unter der Schwelle von 2%, ab der in Deutschland neue Arbeitsplätze entstehen. Könnte es sein, dass die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland bereits eine Auswirkung der linearen Entwicklung ist, wie das Institut vermutet?

**HATTE KEYNES ETWA DOCH RECHT?**

Wenn nun die EU-Wirtschaft jährlich 3% wachsen soll (Lisabon-Strategie), impliziert dies ein exponentielles Wachstum. Wer aber soll auf Dauer die immer höheren absoluten Zuwächse des BIP konsumieren? Die Exporte zu steigern, scheint schwer möglich. Die EU gehört schon heute zu den führenden Welthandelsregionen, ein Fünftel der weltweiten Exporte entfallen allein auf die EU-15. Das heißt aber auch: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU kann gar nicht so schlecht sein. Das gilt vor allem auch für Deutschland, das zu den größten Handelsnationen der Welt gehört. Ohne die robuste Exportnachfrage wären die Wachstumsraten in Deutschland in den letzten Jahren noch niedriger ausgefallen.

Dieser Motor ist jetzt allerdings zum Stillstand gekommen, die wichtigsten Exportmärkte Deutschlands stecken selbst in einer Rezession. Bleibt die Binnennachfrage, die in der EU – und hier vor allem wieder in Deutschland – seit Jahren schwach ausgeprägt ist und durch makroökonomische Maßnahmen gesteigert werden könnte.

Ob die Wachstumsrate dauerhaft auf ein höheres Niveau gebracht werden kann, stößt allerdings auf berechtigte Zweifel. Die hohe Ausstattung mit einer funktionstüchtigen Infrastruktur, der hohe Sättigungsgrad in der Erfüllung der wichtigen Lebensbedürfnisse und eine abnehmende Bevölkerung sprechen gegen die Rückkehr zu hohen Wachstumsraten.<sup>6</sup> Dagegen argumentieren viele, dass die Bedürfnisse der Menschen theoretisch unbegrenzt sind. Die Grenze sei nur das verfügbare Einkommen, und das könne durch politische Maßnahmen gesteuert werden. Ich denke, dass die abschließende Beantwortung dieser Frage noch in meiner Generation

6) Manfred Linz: »Was wird dann aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit«. Wuppertal Papers, Nr 157, Jänner 2006

7) Stephan Schulmeister: »Finanzspekulation, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung«. In: Intervention, 1/2007

8) Christian Felber: »50 Vorschläge für eine gerechtere Welt«, Deuticke, Wien 2006

möglich sein wird. Wenn höherer Wachstumsraten in hochentwickelten Volkswirtschaften über einen längeren Zeitraum in den nächsten Jahren nicht erreicht werden, wenn wir uns im Gegenteil mit sinkenden durchschnittlichen Wachstumsraten zufrieden geben müssen, dann wissen wir, wer Recht gehabt hat.

Recht gehabt hätte dann wieder einmal der legendäre Keynes, der uns schon einmal den Weg aus einer globalen Depression gewiesen hat. Keynes scheint diese Entwicklung »vorausgeahnt« zu haben. Bereits 1943(!) ging er in seiner Schrift »Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung« davon aus, dass reife Volkswirtschaften infolge von Sättigungstendenzen in eine Stagnationsphase (d. h. in eine Phase geringer Wachstumsraten) eintreten werden – eine Seite Keynes, die von der Mainstream-Ökonomie noch heute weitgehend ignoriert wird.

Um auch in dieser Situation Vollbeschäftigung zu erhalten, empfahl Keynes die Ausweitung der öffentlichen Investitionen und Anreize für sinnvollen Konsum. Gleichzeitig müsste das Arbeitskräfteangebot durch eine Reduktion der Arbeitszeit gesenkt werden. Zumindest die Empfehlung der Arbeitszeitverkürzung wird heute von der Politik umgesetzt – allerdings chaotisch und ungerecht durch Akzeptanz der hohen Arbeitslosigkeit und Zulassung prekärer/atypischer Beschäftigungsformen.

## GROSSBAUSTELLE

Gibt es noch andere Erklärungen für den Rückgang der Wachstumsraten und den Anstieg der Arbeitslosigkeit? Für die Mehrheit der ÖkonomInnen und PolitikerInnen ist weder der lineare Wachstumstrend noch das Keynes'sche Stagnationstheorem von Bedeutung. Für sie sind – wie bereits erwähnt – überregulierte Arbeitsmärkte, beschäftigungsfeindliche soziale Sicherungssysteme und zu hohe Steuersätze verantwortlich für die Wachstumsschwäche Europas (vor allem Deutschlands), obwohl die Entwicklung der letzten Jahre den Angebotsöko-

nomen nicht Recht gibt. Europa ist seit Jahren eine »Großbaustelle« permanenter struktureller Reformen, die »Bauleitung« in den von Kommission und Rat herausgegebenen »Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung« lässt hier keine Wünsche offen. Dennoch fallen die Wachstumsraten im Durchschnitt bescheiden aus.

Überzeugender als diese ideologisch verbrämte Sicht der AngebotsökonomInnen finde ich jene Argumente, die die Wurzeln der hohen Arbeitslosigkeit in Europa im Übergang vom Realkapitalismus zum Finanzkapitalismus und generell in einer falsch konzipierten Makroökonomie orten.

## Globale Schuldenkrise

Finanzkapitalismus bedeutet, dass mehr Geld vom Realgütermarkt zum Finanzgütermarkt transferiert wird. Stephan Schulmeister<sup>7</sup> vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und Christian Felber<sup>8</sup> orten diesen Übergang in der drastischen Erhöhung der Leitzinsen durch die Notenbanken Anfang der 1980er Jahre. Die Erhöhung der Leitzinsen von 4,5% (1977) auf 20% bis 1981 durch die US-Zentralbank führte in den 1980er Jahren zu einem weltweiten Anstieg der Realzinsen (um den massiven Geldabfluss in den US-Dollar zu bremsen) und löste damit auch die globale Schuldenkrise aus. Das Zinsniveau stieg über die Wachstumsrate, was die Investitionen der Unternehmen in der Realwirtschaft dämpfte und das Kapital zunehmend in die Finanzmärkte drängte (zwischen 1980 und 2005 lagen die Realzinsen in der Euro-Zone permanent über der Wachstumsrate des BIP).

Damit begann eine Entwicklung, die auch erklärt, warum die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht: Wenn die Besitzeinkommen schneller wachsen als die Gesamtwirtschaft findet eine Umverteilung zugunsten der Gläubiger statt. Das heißt: Ein immer größerer Teil des jährlichen BIP-Zuwachses fließt zu den Vermögenden – auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, deren Lohnquote seit Jahren sinkt. Das eingangs erwähnte wirtschaftspolitische Credo der Neo-

Liberalen (Sozialabbau, Lohnzurückhaltung, Steuerentlastung für Wohlhabende und Unternehmen) hat diesen Umverteilungsprozess massiv verstärkt. Die Folge ist ein Teufelskreis aus schwacher Binnennachfrage, weniger Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitslosigkeit und höheren Staatsschulden.

Diese Entwicklung war und ist eingebettet in einen makroökonomischen Policy-Mix, den WIFO-Experte Markus Marterbauer als »Brüssel-Konsens der EU-Wirtschaftspolitik« bezeichnet.<sup>9</sup> Die Europäische Zentralbank bestimmt autonom das Zinsniveau, ihr prioritäres Ziel ist die Sicherstellung der Preisstabilität im Euro-Raum und nicht Wachstum und Beschäftigung. Wie eine Nachricht aus einer anderen Welt mutet heute die Warnung der EZB vom Februar 2007 (!) vor einer Überhitzung der Konjunktur in der Euro-Zone an, falls die Wirtschaft weiter so kräftig wächst wie bisher.<sup>10</sup>

2006 war das BIP im Währungsraum um 2,9% gestiegen. EZB-Vizepräsident Lucas Papademos machte in einem Interview indirekt deutlich, dass die EZB die Konjunktur schon bald mit Zinsanhebungen dämpfen könnte, weil sie befürchtete, dass es durch das kräftige Wachstum zu Engpässen am Arbeitsmarkt kommt und dadurch über höhere Lohnforderungen der Inflationsdruck steigen würde. Wörtlich meinte Papademos: »Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 7,5% – das ist ein Niveau, das nach verschiedenen Schätzungen längerfristig mit inflationsfreiem Wachstum zu vereinbaren ist.« Die Weisheit, dass eine Arbeitslosigkeit von unter 7,5% eine Gefahr für die Preisstabilität sein soll, erschließt sich nicht jedem!

Gleichzeitig ist die Fiskalpolitik in der Euro-Zone durch die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP), der die Mitgliedstaaten zu ausgeglichenen Budgets verpflichtet, gelähmt. Um es auf den Punkt zu bringen: Die EZB bremst die Investitionstätigkeit der Unternehmen in die Realwirtschaft, der SWP bremst die Investitionstätigkeit der Staaten. Beides zusammen dämpft die Binnennachfrage, deren Schwäche seit Jahren von allen Seiten beklagt wird.

Insofern lässt sich argumentieren, dass das Scheitern der Lissabon-Strategie auch mit dem falschen makroökonomischen *policy-mix* erklärbar ist, in den sie eingebettet ist. Marterbauer kommt daher mit Recht zum Schluss: »Das Konzept des Brüssel-Konsenses ist gescheitert: Die wirtschaftliche Entwicklung der EU bleibt schwach, die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen wächst, und die Budgetdefizite sind nicht gesunken.«

### MIT KEYNES VERSUCHEN!

Ich bin kein ausge(ver)bildeter Ökonom. Mir scheinen jedoch sowohl die Analyse von Keynes, die Theorie vom Gesetz des linearen Wachstums, als auch die Kritik am falschen makroökonomischen Regelwerk nachvollziehbar zu sein. Hat Keynes recht, brauchen wir wirklich kreative Lösungen (zum Beispiel eine europaweit koordinierte Politik der Arbeitszeitverkürzung). Liegt es an der Geldpolitik, sollte die EZB ihre Definition von Preisstabilität ändern und mehr Flexibilität zeigen.

Ich schlage vor, dass wir eine Doppelstrategie fahren: Versuchen wir im Sinne Keynes das Wachstum durch öffentliche Investitionen anzukurbeln und verstärken wir dies gleichzeitig mit einer auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten expansiven Geldpolitik. Zumindest in jüngster Zeit bewegt sich die EZB, die in den letzten Monaten mit ihren Wachstumseinschätzungen beharrlich falsch gelegen ist, in diese Richtung. Ihre zuletzt spektakulären Zinssenkungen zeigen allerdings bis jetzt keine Wirkung. Die EZB hätte viel früher auf den Konjunkturereinbruch reagieren müssen.

Gleichzeitig plädiere ich für eine europaweit koordinierte Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum ausschöpft (unbeschadet der Tarifautonomie der Sozialpartner), ein Schließen der Steueroasen und eine Beendigung des Steuereumpings durch Einführung von Mindeststeuersätzen (vor allem bei der Körperschaftsteuer). Für einkommensschwache Bevöl-



9) Vgl. Markus Marterbauer: »Wem gehört der Wohlstand? Perspektiven für eine neue österreichische Wirtschaftspolitik«, Wien 2007 sowie »Zur Notwendigkeit einer Neuausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik«, in: WISO, Nr. 3/2001, S. 127 – 137

10) Financial Times Deutschland, 23.2.2007

11) DIW: »Die ökonomischen Kosten des Klimawandels«, Wochenbericht 42/2004

kerungsgruppen muss es gezielte Hilfen geben, die ihre Einkommen dauerhaft erhöhen. Zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben muss auch das Vermögen stärker in die Pflicht genommen werden (statt Finanzinnovationen brauchen wir in Zukunft innovative Instrumente der Steuerpolitik).

Allerdings brauchen wir einen speziellen Keynes. Wir können angesichts des hohen Verschuldungsgrads der Volkswirtschaften nicht jede Steigerung der öffentlichen Investitionen gutheißen. Als warnende Beispiele dienen die wirkungslosen massiven staatlichen Konjunkturprogramme in Japan in den 1990er Jahren oder der massive Finanztransfer von West- nach Ostdeutschland, der bis jetzt keinen selbsttragenden Aufschwung ausgelöst hat.

Was wir brauchen ist ein Öko-Keynes – eine europaweit koordinierte öffentliche Investitionsoffensive zur Ökologisierung der Wirtschaft und Bewältigung des Klimawandels (die Umweltproblematik spielte zu Zeiten Keynes noch keine Rolle, insofern muss seine Theorie an die Gegenwart angepasst werden). Selbst wenn die Keynesianische Theorie genauso wie die neoliberale Theorie nicht mehr Wachstum und Beschäftigung bringen sollte – öffentliche Investitionen in erneuerbare Energien, Klimaschutz (Fernwärmeausbau, Wärmedämmung, Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, Infrastruktur/Schiene, Elektromobilität etc.) und darauf ausgerichtete Forschung & Entwicklung (Öko-Innovationen) etc. sind auf alle Fälle wichtig und helfen uns auch, langfristig der Abhängigkeit vom Öl zu entkommen.

## JETZT HANDELN

Mittlerweile geht auch die Internationale Energieagentur davon aus, dass wir beim konventionellen Öl den Peak (also den Zeitpunkt ab dem die Produktion zurückgeht) bald erreichen werden, nämlich 2020. Das sind nur mehr elf Jahre und hat natürlich in einer Welt, in der mit China und Indien über zwei Milliarden Menschen zusätzlich den westlichen Lebensstandard erreichen wollen, dramatische Konsequenzen – zumal

Erdöl nach wie vor das Lebenselixier unseres Wohlstandsmodells ist.

Mehrere Studien belegen auch die immensen wirtschaftlichen Kosten der globalen Erwärmung, die ungebremst voranschreitet, wobei es bereits erste Anzeichen für Rückkopplungseffekte gibt (in den Gewässern vor der sibirischen Küste wurden bei mehr als 1000 Messungen erhöhte Methankonzentrationen festgestellt). Die im Auftrag der britischen Regierung erstellte Klimastudie von Nicholas Stern beziffert die Schäden auf bis zu 20% des globalen Bruttoinlandsprodukts. Allein in Deutschland könnten laut Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung durch klimabedingte Naturkatastrophen bis 2050 Schäden in der Höhe von bis zu 137 Mrd. Euro anfallen.<sup>11</sup>

Tatsache ist: Die Kosten für die Schadensbegrenzung im Nachhinein werden höher sein als die Kosten für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Diese Kosten werden die kommenden Generationen tragen müssen, zusätzlich zu den Staatsschulden, die wir ihnen »vererben«. Wäre es da nicht sinnvoller, jetzt zu handeln und – auch um den Preis zusätzlicher Staatsschulden – die EU zum ressourcen- und energieeffizientesten Wirtschaftsraum der Welt zu machen? Die deutsche Bundeskanzlerin scheint in diese Richtung zu denken, wenn sie in einem Interview argumentiert: »Wir wissen doch, welche Schäden Naturgewalten hervorrufen können. Ich halte es für sehr viel sinnvoller, nicht zu warten, bis Geld zur Behebung von Katastrophenschäden ausgegeben werden muss, sondern das Geld zu investieren, um solche Naturkatastrophen zu verhindern« (Cicero, Jänner 2006). Genau das sollte zur Richtschnur des Handelns Europas im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftskrise werden. ◆

**NORBERT TEMPL**

ist in der Abteilung EU & Internationales  
der Arbeiterkammer Wien tätig.

# Wo bleibt die Armutsbekämpfung?

**SCHWERPUNKT** Martina Kargl argumentiert, warum aus ihrer Sicht die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit allein in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht genug ist – und warum die Bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht nur rasch kommen muss, sondern auch Nachbesserungen braucht.

**A**rmutsbekämpfung hat es schwer, auf der politischen Prioritätenliste nach ganz oben zu gelangen. Die Gründe dafür sind vielfältig und nur teilweise transparent. In der öffentlichen Debatte übrig bleibt häufig bloß das Argument, dass von WissenschaftlerInnen, sozialen NPOs oder Oppositionsparteien vorgeschlagene Maßnahmen zwar grundsätzlich sinnvoll wären, aber angesichts knapper Budgets wenn überhaupt, dann bestenfalls zu einem späteren Zeitpunkt und in abgespeckter Form umgesetzt werden könnten.

Deshalb waren viele MitarbeiterInnen sozialer Non-Profit-Organisationen fassungslos, zu sehen, wie die Regierungen der EU-Mitgliedsländer darunter auch jene Österreichs quasi über Nacht riesige Milliarden-Beträge zur Verfügung stellen konnten, um die Banken vor dem Bankrott und die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Wenig später stellen sie sich die bange Frage, welche Einschnitte im Bereich des Sozialen die Rettungspakete in näherer Zukunft werden gegenfinanzieren müssen – und welche »Sparpakete« für die nächsten Jahre zu erwarten sind. Denn mittelfristig wird es gelten, die aus der Finanzkrise erwachsenden hohen Budgetdefizite wieder abzutragen. Dies allerdings vor dem Hintergrund, dass mit der Finanzkrise auch Erwerbslosigkeit und Prekarisierung von Arbeit und damit die Armut im Land zugenommen haben werden.

## ARMUTSRISIKO ARBEITSLOSIGKEIT

Dabei zählt Erwerbslosigkeit in Österreich schon jetzt – nicht zuletzt aufgrund niedriger Nettoersatzraten und fehlender Mindestleistungen in der Arbeitslosenversicherung – zu den größten Armutsrisiken: Jeder dritte Erwerbslosenhaushalt lebt

unter der Armutsgrenze. Mit der Dauer der Erwerbslosigkeit nimmt die Betroffenheit durch Einkommensarmut deutlich zu: Haushalte von seit mehr als sechs Monaten Erwerbslosen<sup>1</sup> leben in 40% der Fälle unter der Armutsgrenze<sup>2</sup>, bei Haushalten von mehr als zwölf Monate lang Erwerbslosen steigt der Prozentsatz gar auf 51%. Zum Vergleich: Über alle Bevölkerungsgruppen hinweg sind 14% der Menschen in Österreich von Einkommensarmut betroffen. (Statistik Austria 2008: 114). Einen Job zu haben, reduziert das Armutsrisiko hingegen deutlich: Haushalte von Erwerbstätigen im Alter von 20 bis 64 Jahren haben mit 7% ein nur halb so hohes Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein als der Durchschnitt der Bevölkerung.

## ARMUT TROTZ ARBEIT

Das Phänomen »Armut trotz Arbeit« ist dennoch ein massives, wie der zweite Blick enthüllt. Denn wenn auch »nur« 7% der Erwerbstätigen von Einkommensarmut betroffen sind, in absoluten Zahlen handelt es sich dabei um 230.000 Menschen! Umgekehrt bedeutet das auch: 41% aller Personen im Erwerbsalter, die in einem Haushalt mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze leben, gehen einer Erwerbstätigkeit nach (Statistik Austria 2008:34)! Es wäre also zu kurz gedacht, den sozialen Folgen der Wirtschaftskrise allein mit beschäftigungsfördernden Maßnahmen begegnen zu wollen.

Seit Jahren liegt die Zahl jener, die in Österreich von Einkommensarmut betroffen sind, relativ konstant bei etwa einer Million Menschen.<sup>3</sup> Und auch wenn die öffentlich zugänglichen Daten zur Sozialhilfe in Österreich nur eingeschränkt aussagekräftig sind<sup>4</sup> und das österreichische Sozialhilfesystem zum anderen stark von Nicht-Inanspruchnahme geprägt ist,

1) D. h., zumindest eine Person im erwerbsfähigen Alter im Haushalt war länger als 6 Monate erwerbslos.

2) Die österreichische Armutsberichterstattung basiert auf dem EU-Programm EU-SILC. Als »einkommensarm« bzw. »armutsgefährdet« gilt demnach, wessen Äquivalenzeinkommen die Grenze von 60% des Median-Einkommens unterschreitet. Laut den aktuellsten verfügbaren Zahlen für 2005 lag diese Grenze für eine alleinstehende Person bei 893 Euro

im Monat (Jahreszwölftel). Für jede weitere Person im Haushalt über 14 Jahren wird diese Armutsschwelle mit dem Faktor 0,5 multipliziert, für jede Person im Haushalt unter 14 Jahren mit dem Faktor 0,3. Das ergibt z. B. für eine 2-Eltern-Familie mit einem Kleinkind eine Armutsgrenze von 1.607 Euro monatlich.

3) Siehe zur Definition die vorhergehende Fußnote

lässt sich daraus doch ablesen, dass die Masse derer, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts auf Mittel der offenen Sozialhilfe<sup>5</sup> angewiesen sind, kontinuierlich wächst. Im Zeitraum 1996 bis 2006 ist die Zahl der offiziell unterstützten Personen von 64.002 auf 131.318 angestiegen. Sie hat sich also binnen einer Dekade mehr als verdoppelt (Pratscher 2008:602).

Vor diesem Hintergrund hat die Caritas Wien ein »Konjunkturpaket für die Armen« gefordert. Mit nur einem Prozent des Banken-Pakets in Höhe von 100 Mrd. Euro, so ihr Direktor Michael Landau, könnte im Feld der Armutsbekämpfung enorm viel erreicht werden. Zu den dabei prioritären Maßnahmen zählt die Caritas Wien die zügige Umsetzung des in der letzten Legislaturperiode unter BM Buchinger weit gediehenen Vorhabens, unter dem Titel »Bedarfsorientierte Mindestsicherung« die Sozialhilfesysteme der Bundesländer zu vereinheitlichen und zu verbessern. Das würde nicht nur aus arbeitspolitischer, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive Sinn machen. Denn die in diesem Rahmen vorgesehene Vereinheitlichung und Erhöhung der Richtsätze hätte eine Stärkung der Kaufkraft der Einkommensschwächsten zu Folge. Weil diese ihr knappes Einkommen zur Gänze auf Konsum verwenden müssen und notgedrungen nicht sparen können, fördern Maßnahmen, die das Einkommen der Armen erhöhen, automatisch auch die Binnennachfrage.

## NACHBESSERUNGSBEDARF

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung würde, folgt man dem Begutachtungsentwurf vom April 2007, eine Reihe von Verbesserungen bringen: Neben der Vereinheitlichung und Anpassung der Leistungshöhe an das Niveau der Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung (sogenannte »Mindestpension«, 2008: 856 Euro<sup>6</sup>) ist auch eine Harmonisierung der Landesozialhilfe-Gesetze in wesentlichen Punkten vorgesehen: Die erhaltenen Leistungen sollen nicht mehr mit der Drohung verbunden sein, zurückgezahlt werden zu müssen, wenn sich die Einkommenssituation der ehemaligen Bezie-

herInnen aufgrund von Erwerbsarbeit verbessert bzw. sie daraus sogar Ersparnisse bilden können, und auch der Kreis der regresspflichtigen Familienangehörigen wurde eingeschränkt; Sozialhilfe-EmpfängerInnen sollen künftig generell krankenversichert sein; es soll Schonvermögen geben, das nicht oder erst nach einer bestimmten Frist aufgebraucht werden muss; es soll ein eigenes Sozialhilfe-Verfahrensrecht geschaffen werden, etc.

Allen Verbesserungen zum Trotz gibt es jedoch eine Reihe von problematischen Aspekten und offenen Fragen im Entwurf, die dringend der Nachbesserung bedürfen:

★ Das betrifft zum einen die Leistungshöhe selbst. Denn mit dieser sollen auch die – regional sehr unterschiedlichen – Wohnkosten pauschal abgedeckt werden. 25% der Gesamtleistung sind dafür vorgesehen. Dies wird aber nur in Ausnahmefällen ausreichen, um die realen Wohnkosten zu decken: Ein Blick in die KlientInnen-Statistik der 33 Sozialberatungsstellen der Caritas in Österreich zeigt, dass die Wohnkostenbelastung im Schnitt bei 37% lag, in Salzburg betrug sie sogar 45%.

Die Länder sind zwar aufgerufen, zusätzliche Leistungen für das Wohnen zu schaffen, wenn der »angemessene« Wohnbedarf nicht abgedeckt wird. Ob dies tatsächlich geschehen wird und, falls ja, ob diese Leistungen mit einem Rechtsanspruch ausgestattet werden, ist jedoch mehr als fraglich. Welche Konsequenzen nicht realistische Kostenannahmen beim Wohnbedarf haben, ist hingegen klar: Es muss bei den Ausgaben für den sonstigen Lebensbedarf gespart werden. Wenn das nicht im erforderlichen Maße möglich ist, lautet die logische Konsequenz: Verschuldung, z. B. bei der Miete, bis hin zur Delogierung.

★ Fraglich bleibt auch, wie mit Haushalten mit erhöhten finanziellen Belastungen in anderen Lebensbereichen – z. B. in Folge einer chronischen Erkrankung oder Behinderung

4) Die Qualität der veröffentlichten Statistiken zur Sozialhilfe in Österreich ist ausgesprochen dürftig, wie auch die Statistik Austria in ihrem jährlichen Bericht zu Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Pflegegeld in den Bundesländern festhält: »Damit die Sozial- und Behindertenhilfestatistik zur einem aussagekräftigeren Bestandteil der Sozial- und Armutsberichterstattung auf Bundesebene werden kann, bedarf sie einer am Ziel der nachhaltigen Qualitätsverbesserung orientierten, substanziellen Reform« (Pratscher 2008:598).

umgegangen werden soll. Denn mit Rechtsanspruch ausgestattete Zuschläge werden im Begutachtungsentwurf nicht erwähnt. Ebenso wenig ist ein Rechtsanspruch für die so genannten »Hilfen in besonderen Lebenslagen« vorgesehen. Das war bislang schon so – und damit auch schon bisher problematisch. Denn die Hilfen in besonderen Lebenslagen sollen für all jene Bedarfe zur Verfügung stehen, die zwar nicht zum täglichen Bedarf gezählt werden können, aber deswegen nicht weniger dringend sind: z. B. für die Reparatur der kaputten Therme oder Anschaffungen im Zuge der Geburt eines Kindes.

★ Dass die Vermögensverwertungsbestimmungen wenn auch nicht abgeschafft, so doch gemildert werden sollen, ist als eindeutige Verbesserung zu bewerten. Am meisten würden davon jene profitieren, die nur kurze Zeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Denn jene, die es nicht schaffen, binnen sechs Monaten wieder von Sozialhilfe unabhängig zu werden (frühere Bezugszeiten werden angerechnet), könnten zwar anders als bisher ein unbefristetes Schonvermögen behalten, müssten aber ansonsten weiterhin sämtliche über das Schonvermögen hinausgehende Ersparnisse aufbrauchen bzw. Vermögen verwerten.

Auch ein vorhandenes Eigenheim müsste dann wie derzeit üblich grundbücherlich sichergestellt werden. Das ist vor allem für Sozialhilfe-Anspruchsberechtigte in ländlichen Gebieten relevant, wo das Wohnen im eigenen Haus nach wie vor die Regel darstellt. Diese Bestimmungen sollen »freiwillige« Erwerbslosigkeit bei Menschen, die über einen längeren Zeitraum Sozialhilfe beziehen, verhindern. In der Praxis führen sie aber sehr häufig zu Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe.

Denn sie treffen z. B. auch Menschen mit Erkrankungen oder Behinderungen, die zu gesund für die Invaliditätspension sind, gleichzeitig aber zu krank, um für potentielle ArbeitgeberInnen interessant zu sein. Auch wenn nicht gesagt werden kann, wie viele der Abgelehnten mit ihrem Haushaltseinkom-

5) »Offene Sozialhilfe« meint: Sozialhilfe an Menschen, die nicht in Altenwohn- und Pflegeheimen (»geschlossene Sozialhilfe«), sondern überwiegend in Privathaushalten leben.

6) netto, umgerechnet auf Jahreszwölfstel

men unter der Sozialhilfegrenze lagen, dürfte das Problem doch bedeutsam sein: 2007 wurden 72.998 Pensionsanträge wegen geminderter Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit gestellt, Neuzuerkennungen aus eben demselben Versicherungsfall gab es aber nur in 30.435 Fällen. (Hauptverband 2008:155f.)

Für alle aufgelisteten problematischen Punkte gilt: Es stünde den Bundesländern frei, über die 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern hinausgehende und für die Anspruchsberechtigten günstigere Regelungen zu treffen. Es wird sich weisen, ob sie davon Gebrauch machen.

### KNACKPUNKT: GESETZESVOLLZUG

Die Debatte über Pros und Kontras des Begutachtungsentwurfs zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung darf aber nicht davon ablenken, dass die Mängel des österreichischen Sozialhilfesystems, mit denen sich soziale Non-Profit-Organisationen in ihren Beratungsstellen tagtäglich konfrontiert sehen, nur zu einem Teil auf die Sozialhilfe-Gesetze selbst zurück zu führen sind. Folglich können sie auch nur teilweise durch eine veränderte Rechtslage behoben werden. Dass die Sozialhilfe ihrer Rolle als »letztes Auffangnetz« im österreichischen Sozialstaat nicht gerecht wird, hat mindestens ebenso bedeutsam mit dem vielerorts rechtswidrigen Vollzug der Sozialhilfe-Gesetze zu tun. Soziale NPOs sind sich deshalb einig: Kommt es im Zuge der Reform der Sozialhilfegesetze nicht auch zu einer grundlegenden Reform des Vollzugs, wird die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ein Papiertiger bleiben.

Das offene Geheimnis, dass der Sozialhilfe-Vollzug in Österreich ein »von der Gesetzeslage abgewandtes Eigenleben entwickelt« hat (Sozialhilfe-Experte Nikolaus Dimmel), wurde durch eine Studie der ARMUTSKONFERENZ mit Daten für das Jahr 2007 klar belegt (vgl. DIE ARMUTSKONFERENZ 2007). Die Antworten von 121 sozialen Non-Profit-Organisationen bestätigen und dokumentieren, was schon in der Vergangenheit ein offenes Geheimnis war: Es gibt – in allen Bundesländern – ebenso grobe wie rechtswidrige Mängel.

## LITERATUR:

Die »Armutskonferenz« (2008): Anforderungen der »Armutskonferenz« an eine Reform des Sozialhilfewesens in Österreich, Textband und 3 Tabellenbände, [www.armutskonferenz.at/armutskonferenz\\_news\\_studie\\_sozialhilfenvollzug\\_0108.htm](http://www.armutskonferenz.at/armutskonferenz_news_studie_sozialhilfenvollzug_0108.htm)

Fuchs, Michael (2007): Social Assistance – no, thanks? Empirical analysis of non-take-up in Austria 2003, [www.iser.essex.ac.uk/msu/emod/workingpapers/emwp0407.pdf](http://www.iser.essex.ac.uk/msu/emod/workingpapers/emwp0407.pdf)

Pratscher, Kurt (2008): Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Pflegegeld der Bundesländer im Jahr 2006 und in der Entwicklung seit 1996, in: Statistische Nachrichten 7/2008, S. 598 – 611

Ein zentrales Ergebnis der Erhebung lautet: Die Anspruchsberechtigten bekommen in vielen Fällen nicht, was ihnen zusteht. Das zeigt sich bereits bei der Höhe der gewährten Leistungen: Nur zwei Drittel der sozialen NPOs konnten berichten, dass das Haushaltseinkommen der Anspruchsberechtigten generell oder zumindest in der Regel bis zur Höhe der Sozialhilfe-Richtsätze aufgestockt wird, obwohl der Verwaltungsgerichtshof mehrfach festgestellt hat, dass die von den Ländern festgelegten Sozialhilferichtsätze nur im Zuge begründeter Sanktionen unterschritten werden dürfen.

Noch drastischere Defizite bei der Existenzsicherung zeigen sich bei der Frage, wie lange Sozialhilfe in der Regel gewährt wird: Mehr als die Hälfte der sozialen NPOs berichten, dass grundsätzlich nur einmalige Sozialhilfe-Leistungen geleistet werden oder diese zumindest sehr häufig sind. Allerdings werden nur die wenigsten Notlagen nur ein Monat lang bestehen. Mit anderen Worten: Sozialhilfe wird längst nicht selbstverständlich für die Dauer der jeweiligen Notlage gewährt. Ein besonders problematischer Bereich sind die – oben bereits angesprochenen – »Hilfen in besonderen Lebenslagen«, auf die kein Rechtsanspruch besteht: Nur 40% der sozialen NPOs geben an, dass »Sonderbedarf« gewährt wird, wenn er vorliegt. Und auch das in einer Vielzahl der Fälle nur, wenn soziale NPOs für ihre KlientInnen intervenieren oder sie sich dazu verpflichten, einen Teil der Kosten zu übernehmen.

Dass die Sozialhilfe in vielen Fällen kein existenzsicherndes Einkommen gewährleistet, ist allerdings nur einer der skandalösen Befunde der Erhebung. Denn leider sind es keine Einzelfälle, wenn Sozialhilfebehörden gezielte Falschinformationen erteilen oder sich weigern, Sozialhilfeanträge entgegen zu nehmen. AntragstellerInnen erhalten nur in Ausnahmefällen schriftliche Bescheide bzw. Niederschriften und können in Folge auch keine Rechtsmittel gegen rechtswidrige Bescheide ergreifen. Und wenn auch viele soziale NPOs von unterstützendem und freundlichen Verhalten der MitarbeiterInnen berichten: Mindestens ebenso häufig sind Sozialämter Orte

STATISTIK AUSTRIA (2008): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006, [www.statistik.at/web\\_de/dynamic/statistiken/soziales/armut\\_und\\_soziale\\_eingliederung/publdetail?id=152&listid=152&detail=459](http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/publdetail?id=152&listid=152&detail=459)

Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger (2008): Statistisches Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2008, [www.hauptverband.at/mediaDB/MMDB136296\\_Statistisches%20Handbuch%20d.%C3%B6st.SV-2008.pdf](http://www.hauptverband.at/mediaDB/MMDB136296_Statistisches%20Handbuch%20d.%C3%B6st.SV-2008.pdf)

der Beschämung und Demütigung, wo AntragstellerInnen herablassend behandelt, schulmeisterlich belehrt und mit Sozial-schmarotzervorwürfen konfrontiert werden.

## WAS KOSTET ES?

Verbesserungen in Vollzug wie Rechtslage des österreichischen Sozialhilfe-Systems hätten natürlich durchaus ihren Preis. Genaue Zahlen zu nennen, ist nicht möglich. Eine Studie, die die Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe in Österreich beziffert hat, erlaubt immerhin eine Annäherung (Fuchs 2007). Ihr Autor kommt zum Schluss, dass zwischen 49% und 61% der Haushalte, die einen Anspruch hätten, diesen nicht geltend machen, weshalb 39% bis 53% der zustehenden Mittel »nicht abgeholt« werden.

Was würde eine Verdopplung der Mittel für existenzsichernde Leistungen in der offenen Sozialhilfe kosten? Laut den aktuellsten Zahlen für das Jahr 2006 haben die Bundesländer Sozialhilfe-Ausgaben in der Höhe von 2,3 Mrd. Euro an die Statistik Austria gemeldet, davon entfielen 295 Millionen Euro auf Geldleistungen für den täglichen Lebensbedarf (inkl. Leistungen für das Wohnen) im Rahmen der offenen Sozialhilfe (also ohne Altenwohn- und Pflegeheime). Das heißt: An den Gesamt-Sozialhilfeausgaben machten die Geldleistungen gerade einmal 13% aus, an den Ausgaben für soziale Sicherungssysteme in Österreich insgesamt (56,9 Mrd. Euro) waren es ganze 0,5%! (vgl. Pratscher 2008:605ff.).

Eine Verdoppelung der Sozialhilfe-Mittel für die Existenzsicherung um 300 Millionen Euro jährlich ist wohl wenig realistisch. Dass sie nicht unmöglich ist, machen die Relationen zu den zur Bekämpfung von Finanz- und Wirtschaftskrise eingesetzten Mitteln klar. Damit bleibt Armutsbekämpfung eine Frage des Willens, nicht des Könnens. ◆

**MARTINA KARGL**

ist sozialpolitische Referentin der Caritas der Erzdiözese Wien und Mitglied im Koordinationsteam der »Armutskonferenz«.

# Banken brauchen ein »Schulnotensystem« neu

**SCHWERPUNKT** Günter Koch sieht in der Finanzkrise einen deutlichen Beweis dafür, dass das konventionelle Banken-Rating ausgedient hat und plädiert für neue Methoden zur Bewertung von Banken-Risiken.

**A**ngesichts des Zusammenbruchs von Banken und des Vertrauens in sie fragt sich der Laie, wie das System der Finanzwirtschaft, das viel auf seine Fähigkeiten zu intelligenten Entscheidungen hält, so blind in den Abgrund stürzen kann?

Es ist angesichts der Faktenlage, dass die nun platzende Finanzblase noch viel größer ist als bisher angenommen, müßig, lange darüber zu diskutieren, dass alle Indikatoren das Platzen dieser Blase ja schon lange anzeigten und dass es nur noch eine Frage des Zeitpunktes war. Es passiert nun einmal und leider schicksalhaft. Kein Experte, auch nicht die Wirtschaftsweisen vom WIFO und IHS, trauen sich noch genaue Prognosen zu machen, wie die nächsten Monate verlaufen werden.

## PROFITMAXIMIERUNG UND GIER

Die Prognose-Indikatoren zeigten, dass die »Finanzwerte« und die »Realwerte« seit Jahren und seit kurzem beschleunigt auseinander drifteten und die Finanzströme sich in einem nicht mehr vorstellbaren Ausmaß von den realen Warenströmen abgekoppelt haben, d. h. Finanzwerte immer mehr in den Aggregatzustand »Luft« übergangen. Ebenso hat sich in einem Klima von Profitmaximierung und Gier niemand mehr die Frage gestellt, wieso die ach so vertrauenswürdigen Banken, wie etwa die Deutsche Bank oder »unsere« RZB, die glaubwürdig vorgetragene Annonce machen konnten (und weiterhin können wollen), dass 20% Rendite auf eingesetztes Kapital etwas Normales sei.

Wir sprechen hier von einer Renditeerwirtschaftung, die in ihrer Höhe zwar noch hinter den Profiten der zusammenbrechenden Investmentbanken à la Lehman Brothers liegen, die sich aber aus realwirtschaftlichen Wertschöpfungen nie

und nimmer erklären ließen, es sei denn, man kalkuliert mit Größenordnungen überschreitenden Gewinnspannen, wie sie nur noch in Wertschöpfungsketten beginnend bei billigst hergestellten Produkten aus Asien oder Afrika möglich sind – und selbst das reicht zur Erklärung der Finanzblase nicht aus.

Unter dem Gebot eines kritiklos anerkannten, neoliberalistischen Ökonomismus trafen und treffen ManagerInnen der Banken ihre Entscheidungen in der Kreditvergabe oder in der Investitionsfinanzierung nicht mehr anhand solcher schlichten Plausibilitätsüberlegungen, sondern anhand von Kriterien, die sich letztendlich auf zwei Entscheidungsdimensionen reduzieren lassen. Erstens: Wie »gut« ist ein Abnehmer des von der Bank bereitgestellten Geldes im Sinne des Risikos, dass der Empfänger dieses Geld gut verzinst zurückzahlen kann; das hat immerhin noch einen latenten Bezug zur Realwirtschaft. (Bonitätsprüfung). Zweitens: Wie lässt sich der Profit aus (in aller Regel »virtuellen«) Finanzierungsgeschäften für die eigenen Aktionäre maximieren?

## SCHÜLER UND LEHRER

Da solche komplexe Fragen niemals einfach zu beantworten sind, bedienen sich BankmanagerInnen mit dem Ziel einer Reduktion der Entscheidungskomplexität der Methode der »Einstufung« von Kunden bzw. von ihren Finanzierungspartnern. Der neudeutsche Begriff für diese Einstufung heißt Rating. Ein Rating ist vergleichbar einem Schulnotensystem, das Auskunft über den aktuellen »Wissens- und Fähigkeitsstand« sowie die Zukunftsaussichten des zu benotenden »Schülers« gibt. Eine Rating-Note erspart es dem/der BankmanagerIn, sich zur Entscheidungsfindung in komplexe Analysen über das »Anlageobjekt« vertiefen zu müssen. Das hat nämlich schon ein »Lehrer« = ein Rating-Agent für ihn/sie übernommen.

An diesem Punkt bestand das systematische Versagen der BankerInnen bisher darin, die Qualität der »Lehrer« und ihrer »Benotungen« nie hinterfragt und ihnen blind vertraut zu haben. Das gibt auch ein so kluger Spitzenmanager wie ERSTE BANK-Chef Treichl in öffentlichen Interviews unumwunden zu. Die Ironie dieses Verhaltens lässt sich heute darin ablesen, dass klassische Musterschüler wie eben die Deutsche Bank jetzt eine Herabstufung in ihrer eigenen Benotung hinnehmen müssen, mit dem Effekt, dass sich diese Bank nun mehr als ihre Konkurrentinnen anstrengen muss, damit ihre Geldgeschäfte wieder so profitabel werden, wie das – siehe oben – den Aktionären vollmundig versprochen wurde.

### UNGENÜGEND

Große, seriöse und internationale Wirtschaftsprüfungsorganisationen verweisen seit Jahren darauf, dass die bestehenden Bilanzierungsrichtlinien und Berichtssysteme nicht mehr ausreichen, um die Bonität von Geschäftspartnern der Banken ausreichend und korrekt zu bemessen. Dabei existieren schon längst Methoden zur Beurteilung von Unternehmen und Finanzmarktteilnehmern, die über die mittlerweile unzureichenden Berichts- und Kennziffernsystem der Vergangenheit hinausgehen.

Unter den Analysten der Banken liefern solche Betrachtungen bisher unter der vernachlässigten Kategorie »außerfinanzielle« Analysen (»Extrafinancials«). Nachdem sich aber herausstellt, dass diese Methoden weit mehr zur Bestimmung des »wahren Wertes« und der Qualität von Unternehmen beitragen, als es die bis in die Kommastellen genau berechneten Finanzbewertungen leisten, ist es höchste Zeit, das klassische Rating um diese Erkenntnisse zu ergänzen.

Wir verfügen heute über noch nicht perfekte, aber schon praxistaugliche Verfahren wie z. B. die Wissensbilanzierung zur Bestimmung der Organisationsqualität, des Reife- und Professionalitätsgrads, des Nachhaltigkeitspotentials und der »Wissenskapitalisierung« von Unternehmen. Österreich hat sich

schon, neben Skandinavien, als Pionier- und Erprobungsland für solche Verfahren in Insiderkreisen international einen Namen gemacht und könnte bei der Verbesserung von Ratingmethoden sogar die Rolle eines Vorreiters übernehmen. Die Forderung ist einfach, aber sie wird Wirkung haben: Ergänzen wir die konventionellen Ratings der Finanzwirtschaft um komplementäre Ratings, die auch in die »inneren Zusammenhänge« von und zwischen Unternehmen oder von Finanzierungen und Finanzprodukten erhellen.

Das Plädoyer ist: Kein/e BankmanagerIn kann mehr die komplexen Situationen, innerhalb derer er/sie zu entscheiden hat, durchschauen, weswegen er/sie sich Vereinfachungen wie Ratings bedienen muss. Da klassische Ratingverfahren aber komplexe Situationen nicht mehr adäquat beschreiben können, ist es höchste Zeit, zeitgemäßere und »schlauere« Methoden zur Entscheidungsunterstützung einzuführen, die zwar immer noch leicht begreiflich sein müssen, die aber die Entscheidungsqualität deutlich erhöhen und damit dazu beitragen, dass verlorenes Vertrauen in die Fähigkeiten der Banken zur guten Beratung zurückgewonnen wird. ◆

### PROF. GÜNTER KOCH

ist Generalsekretär des »New Club of Paris«  
([www.the-new-club-of-paris.org](http://www.the-new-club-of-paris.org)) dessen Mission die Aufklärung über »Wissensökonomie« ist.



3  
THE BRIDGE ON THE RIVER KWAI 1957, DAVID LEAN





DOCTOR ZHIVAGO 1965, DAVID LEAN

# Wie es zum Krieg im Gaza-Streifen kam

**NAHER OSTEN** In ihrem Artikel analysiert die Politologin Ivesa Lübben den sechsmonatigen Waffenstillstand im Gaza-Streifen, dessen Scheitern der groß angelegten israelischen Militäroffensive im Dezember vorangegangen war. Sie skizziert die Rolle der Hamas in dieser Eskalation und warnt vor einer Verengung des Blickwinkels, die der Komplexität des Konflikts im palästinensischen Lager nicht gerecht werde und die prekäre Lage im Gaza-Streifen ausblende.

Die gängige Grundhypothese über den Krieg in Gaza besagt, die Hamas<sup>1</sup> hätte den Krieg durch die Aufkündigung des Waffenstillstandes mit Israel, der am 19. Juni 2008 in Kraft getreten war, provoziert. Die Begründung: Die Hamas hätte israelische Orte ständig mit Qassam-Raketen beschossen. Deswegen hätte Israel sich wehren müssen. Die Ausschaltung des militärischen Potentials der Hamas sei eine Voraussetzung für den Frieden in der Region. Alle anderen Hypothesen, wie die, dass die Hamas Zivilisten als menschliches Schild benutze, dass sie den Tod von Zivilisten bewusst einkalkuliere, erscheinen dann ganz logisch als Konsequenz ihrer Friedensunwilligkeit und fanatischen Militanz.

Die Dämonisierung der Hamas, die Konstruktion einer vermeintlichen Dichotomie zwischen der (»bösen«) »radikal-islamistischen« Hamas und der (»guten«) »moderaten« Fatah oder die vor allem in den USA verbreitete These einer strategischen »Achse des Bösen« aus Iran, Hisbollah und Hamas sind weder hilfreich für eine politische Analyse, da sie die Kontexte des Handelns unberücksichtigt lassen, noch entsprechen sie den empirischen Tatsachen.

**Erstens:** Die Hamas ist eine konservative islamistische Organisation, die ihre Basis vor allem ihrer Sozialarbeit zu verdanken hat und die bereit ist, sich in den politischen Prozess zu integrieren, wie sie bei den Wahlen 2005 gezeigt hat, aus denen sie als Siegerin hervorgegangen ist. Sie hat nichts mit terroristischen Organisationen wie al-Qaeda oder der ägyptischen Jama`at al-Islamiya zu tun, wie die verbreitete Kategorisierung »radikal-islamistisch« evoziert.<sup>2</sup> Die de-facto-

Hamas-Regierung im Gazastreifen soll den ägyptischen Behörden sogar Qaida-Mitglieder, die von Ägypten nach Gaza geflohen waren, ausgeliefert haben – einer der Gründe, warum die Ägypter in der Tunnelfrage immer wieder die Augen zudrückten.<sup>3</sup>

**Zweitens:** Aufgrund regionalpolitischer Konstellationen, vor allem im Verhältnis zu Israel, gibt es sicherlich gemeinsame Interessen zwischen Hisbollah und Hamas. Von einer von Iran gesteuerten Achse zu sprechen, ist jedoch völlig überspannt. Hamas steht moderaten sunnitischen Kräften ideologisch und politisch sehr viel näher als dem schiitischen Islamismus iranischer Prägung. In anderen Regionalkonflikten – zum Beispiel in der Irakfrage – haben Hamas und Hisbollah große Differenzen und sind in völlig verschiedene regionale Allianzen eingebunden.

Hamas ist aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen – wie übrigens die Fatah in den 50er-Jahren auch. Die Muslimbruderschaft ist in vielen arabischen Parlamenten (Ägypten, Jemen, Sudan, Kuwait, Bahrain, Irak, Algerien) und einigen arabischen Regierungen (Irak, Algerien, die somalische Übergangsregierung) vertreten, im Irak stellt sie mit Tarek al-Hashemi sogar den stellvertretenden Präsidenten, im Jemen den Parlamentspräsidenten.

**Drittens:** Sowohl in der Hamas wie auch in der Fatah gibt es militante Kräfte, die dem bewaffneten Kampf gegen die Besatzung Priorität einräumen, und politisch-pragmatische Flügel, die Verhandlungen vorziehen. Auch in der Fatah-Führung gibt es einen Flügel, der die Oslo-Verträge und die *Road-Map*

- 1) HAMAS steht für *harakat al-muqawama al-islamiya* (Islamische Widerstandsbewegung).
- 2) Siehe zur Geschichte der Hamas u.a. Helga Baumgarten: *Hamas – Der politische Islam in Palästina*. München (Heinrich Hugendubel Verlag) 2006; Beverly Milton-Edwards: *Islamic Politics in Palestine*. New York (I.B.Tauris) 1999; Joseph Croituru: *Hamas – Der islamische Kampf um Palästina*. München (C.H.Beck) 2007; Azzam Tamimi: *Hamas – Unwritten Chapters*. London (C.Hurst & Co.) 2007.
- 3) Jeremy M.Sharp: *The Egypt-Gaza Border and its Effect on Israeli-Egyptian Relations*. Congressional Research Service. February 1, 2008.
- 4) Qaddumi erklärte in einem Interview mit der Fatah-nahen Zeitschrift *al-Sabah* noch am 12. Dezember 2008, dass die Verträge von Oslo im Widerspruch zu den nationalen Rechten der Palästinenser ständen. *Jaridat al-Sabah*, 9.12.2008.

ablehnen, weil sie die Palästinenser in eine Sackgasse geführt hätten, die nur der Stabilisierung der Besatzung der Westbank gedient habe. Dies ist z. B. die Position des Vorsitzenden des politischen Komitees der PLO und Mitglied des Zentralkomitees der Fatah, Faruq al-Qaddumi.<sup>4</sup> Niemand würde Qaddumi deswegen als Extremisten bezeichnen oder seinen Rücktritt fordern.

Entgegen dem gängigen Bild ist die Hamas auch durchaus zu einer politischen Gesamtlösung des Nahostproblems bereit. Am 9.11. 2008 erklärte Ismail Haniyya gegenüber Europaabgeordneten, die Gaza besucht hatten, Hamas könnte mit einer Lösung des Palästinaproblems auf der Basis der UN-Resolution leben [Ma'an<sup>5</sup> 9.11.2008]. Auch andere Hamas-Führer haben wiederholt erklärt, dass sie der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates, die die Gründung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 – also in der Westbank, dem Gazastreifen und Ostjerusalem – zustimmen würden. In einem *Dokument der Gefangenen* haben politische Gefangene der Fatah und der Hamas am 28.6.2006 gemeinsam die Gründung eines palästinensischen Staates auf der Basis der UN-Resolution 242 in den Grenzen von 1967 gefordert.

Auch wenn die Hamas bislang nicht bereit ist, explizit das Existenzrecht Israels als Vorbedingungen für Verhandlungen anzuerkennen, erkennen sie es damit doch implizit an.<sup>6</sup> In einem Interview mit der arabischen Zeitung *al-Ayyam* vom 2.4.2008 hat der Leiter der politischen Abteilung Khaled Masha'al betont, dass diese Position die offizielle Politik der Hamas sei.

**Viertens:** Der Konflikt zwischen der Fatah und der Hamas ist zunächst ein politischer Konflikt um Macht. Jahrelang beanspruchten Teile der Fatah einen Monopolanspruch auf die Führung des palästinensischen Volkes (in der PLO und in der Palästinensischen Autonomiebehörde [PA]). Kleineren Organisationen wurde nur die Rolle eines Juniorpartners zugestanden.

5) Ma'an ist die größte palästinensische Nachrichtenagentur, die aus allen Regionen der Besetzten Gebiete berichtet. Die Urheberschaft der Raketen ist leicht nachzuvollziehen, da keine Organisation einen Hehl daraus macht, sondern im Gegenteil sich offen zu dem Abschuss der Raketen bekennt. Stichprobenartige Vergleiche mit den Bekennerschriften der Websites und offiziellen israelischen Statistiken haben die Korrektheit der Ma'an-Angaben bestätigt.

6) <http://www.jmcc.org/documents/prisoners2.htm>. Israel hat bislang außer dem Teilungsplan von 1947 keine UN-Resolution anerkannt. Selbst der Teilungsplan wurde nur mit Vorbehalten angenommen. Diese richteten sich erstens gegen die Grenzziehung und zweitens gegen die Gründung eines palästinensischen Staates auf dem Boden des historischen Palästinas. Siehe dazu Simcha Flapan: *Die Geburt Israels – Mythos und Wirklichkeit*. München (Knesbeck und Schuler) 1988.

**Fünftens:** Der Konflikt zwischen der Hamas und der Fatah ist vor allem Ausdruck der gegenwärtigen Sackgasse des Friedensprozesses. Die Kritik der Hamas an der Verhandlungsführung der Autonomiebehörde und der Kooperation der palästinensischen Sicherheitsorgane mit der Besatzungsmacht wird auch von anderen politischen Organisationen und Teilen der Fatah geteilt.

Dem sechsmonatigen Waffenstillstand im Gazastreifen waren viele Dilemmata immanent, die letztlich sein Scheitern vorprogrammierten. Im Folgenden sollen diese Dilemmata benannt werden. Eine solche Bestandsaufnahme ist dringend notwendig, damit zukünftiges Konfliktmanagement nicht dieselben Fehler wiederholt.

Es gibt sicherlich viele andere Faktoren und Akteure, die zu der Krise beigetragen haben: die innerpalästinensischen Differenzen, die schon erwähnte Sackgasse des Friedensprozesses, die Nichtanerkennung der Hamas-Regierung durch die USA und die Europäische Union, um nur einige zu nennen. Diese wurden an anderer Stelle diskutiert und müssen sicherlich weiter diskutiert werden. Insofern beansprucht dieser Text keinen Anspruch auf eine vollständige Krisenanalyse, sondern will nur exemplarisch an einem Punkt Anstoß zu einer Debatte geben.<sup>7</sup>

## NUR DIE HAMAS?

Allgemein wird allein die Hamas für den Raketenbeschuss auf israelische Ortschaften aus dem Gazastreifen verantwortlich gemacht. Dies deckt sich jedoch nicht mit den empirischen Tatsachen. Eine Auswertung der Meldungen der Nachrichtenagentur Ma'an aus dem Gazastreifen vom 1. bis zum 19. 6. 2008 – also die drei Wochen vor Beginn des Waffenstillstands – ergibt, dass alle palästinensischen Widerstandsorganisationen an dem Raketenbeschuss beteiligt waren: die Nasr al-Din-Brigaden der Volkskomitees<sup>8</sup>, die Volkswiderstandsbrigaden der Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), die Abu-Ali-Mustapha-Brigaden der Volksfront für die Be-

## WIE ES ZUM KRIEG IM GAZA-STREIFEN KAM VON IVESA LÜBBEN

7) Siehe z. B. Muriel Asseburg: Nach den palästinensischen Parlamentswahlen: Wie mit Hamas umgehen? Berlin (Stiftung Wissenschaft und Politik), Februar 2006. (swp aktuell 8). Dieselbe: Hamastan vs. Fatahland – Fortschritt in Nahost? Berlin (Stiftung Wissenschaft und Politik) Juli 2007, (swp aktuell 35). International Crisis Group: Enter HAMAS: The challenges of Political Integration. Middle East Report No. 49. 18 January 2006. Nathan J. Brown: The Road out of Gaza. Carnegie Policy Outlook No. 30, February 2008.

8) Die Volkskomitees oder offiziell Volkswiderstandskomitees wurden 2000 von dem ehemaligen Fatah-Mitglied Jamal Abu Samhandana, gegründet. Die meisten ihrer Mitglieder gehörten früher anderen Widerstandsorganisationen, vor allem der Fatah, der HAMAS und dem Jihad, an. Ihre Hauptbasis ist der Gazastreifen.

freierung Palästinas (PFLP), die Volksfront für die Befreiung Palästina-Generalkommando (PFLP-GC), die Quds-Brigaden des Jihad al-Islami, die Qassam-Brigaden der Hamas und die Aqsa-Brigaden sowie andere kleinere Widerstandsorganisationen der Fatah<sup>9</sup>.

Daran wird deutlich: Der Raketenbeschuss auf israelische Siedlungen hat strukturelle Gründe und nicht auf das Handeln einer bestimmten politischen Fraktion zurückzuführen. Er ist Ergebnis der über 40 Jahre währenden Besatzung und der fortgesetzten Blockade des Gazastreifens und nicht das Resultat der politischen Option einzelner Gruppen.

Das bedeutet aber auch, dass sich eine Befriedung Südisraels nicht durch die Ausschaltung der Hamas lösen lässt, sondern nur durch die Behebung der strukturellen Ursachen, die der Gewalt zugrunde liegen. Auch ohne Hamas wird sich andernfalls der Widerstand immer wieder neu formieren. Es ist im Gegenteil zu befürchten, dass eine Nicht-Behebung der strukturellen Krise zu immer radikaleren Formen des Widerstandes – sei es durch eine Radikalisierung der existierenden Organisationen, sei es in Form der Bildung neuer radikalerer Organisationen – führen wird.

### EIN GEFÄNGNIS NAMENS GAZA

Der Gazastreifen ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt: Auf einem Gebiet, das etwa so groß wie das deutsche Bundesland Bremen ist, leben 1,5 Millionen Menschen. Seit Israel das Gebiet 1967 besetzte, wurde die Entwicklung der Wirtschaft und der Infrastruktur des Gazastreifens systematisch behindert. Die amerikanische Ökonomin Sara Roy spricht sogar von einem Prozess der Ent-Entwicklung (*de-development*).<sup>10</sup>

Verantwortlich für diesen Prozess sind die völlige Kontrolle des Im- und Exports, der Zölle und Währung, der Wasserrechte und der Bewegungsfreiheit der Bewohner sowie die Enteignung vierzig Prozent des Bodens durch israelische

9) Dazu gehören die Abu-Rish-Brigaden, die Brigaden des Märtyrers Abu Ammar und die Mujahedin.

10) Sara Roy: The Gaza Strip: The Political Economy of De-development (Institute for Palestinian Studies) 1995.

11) Sarah Roy: The Economy of Gaza. October 2006: [www.counterpunch.org/roy10042006.html](http://www.counterpunch.org/roy10042006.html)

12) Die Tunnel gibt es in Rafah seit dem Rückzug israelischer Truppen aus dem Sinai und der Neuzeichnung der ägyptischen Grenze. Dabei wurde nicht nur die Stadt Rafah in einen ägyptischen und einen palästinensischen Teil, sondern auch viele Familien geteilt. Durch die Tunnel hielten sie den Kontakt aufrecht. Erst später und vor allem mit der im-

Siedler und die Zerstörung weiterer Anbauflächen für Checkpoints und Militäranlagen. Heute sind etwa achtzig Prozent der Menschen in Gaza arbeitslos und müssen durch die UNRWA (*United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*) und das World Food-Programm alimentiert werden.<sup>11</sup>

2005 haben sich die Israelis aus dem Gazastreifen zurückgezogen und die Siedlungen abgebaut. Trotzdem hat sich Israel weit reichende Kontrollrechte über die Wirtschaft das gesellschaftliche Leben und die Zugänge nach Gaza vorbehalten. Seit Juni 2006 – also bereits ein Jahr vor der Machtübernahme der Hamas in Gaza – wird der Gazastreifen regelmäßig abgeriegelt.

Nur sporadisch werden Lieferungen ins Land gelassen. Seitdem wird ein Teil des Außenhandels über ein System von Tunneln zwischen Ägypten und dem palästinensischen Rafah abgewickelt, das sich zu einem eigenen lukrativen Industriezweig entwickelt hat, der unter der Hand von der ägyptischen Seite faktisch, wenn auch nicht offiziell toleriert wurde. Erst unter internationalem Druck – vor allem aufgrund der Intervention Israels bei der US-Administration – begann Ägypten im Verlaufe des Jahres 2008 einen Teil der Tunnel zu zerstören.<sup>12</sup>

Die Tunnel dienten angesichts der totalen Wirtschaftsblockade für den Import von Grundbedarfsgütern wie Lebensmittel, Kleidung, Windeln, Hühnern und Kälbern nach Gaza. Mit Ausnahme der von der UNRWA und dem World Food Programm verteilten Lebensmittel stammen die meisten auf dem freien Markt erhältlichen Waren in Gaza inzwischen aus ägyptischer Produktion. Deswegen kann die Tunnelfrage nicht losgelöst von internationalen Garantien eines freien Warenverkehrs von und nach Gaza diskutiert werden. Würde man die Tunnel ohne die Öffnung der Grenzen des Gazastreifens zerstören, würde man die humanitäre Krise noch weiter verschlimmern.

mer engeren Wirtschaftsblockade entwickelte sich durch die Tunnel ein Schmuggelnetzwerk. Siehe: Jeremy M.Sharp: The Egypt-Gaza Border and its Effect on Israeli-Egyptian Relations. Congressional Research Service. February 1, 2008.

## DIE DILEMMATA

Die von Ägypten vermittelte Waffenstillstandsvereinbarung zwischen Israel und der Hamas-Regierung, die am 19. 6. 2008 in Kraft trat, war von vornherein brüchig, da sie mit vielen Dilemmata behaftet war. Das **erste Dilemma** der Vereinbarung bestand darin, dass es keine schriftliche Version gab. Die israelische Seite befürchtete, ein offizielles Abkommen würde der Hamas-Regierung Legitimität verleihen.

Die Tatsache, dass es keine verbindliche schriftliche Form gab, führte automatisch zu dem **zweiten Dilemma**. Statt nach drei Tagen im beschränkten Umfang Lebensmittel nach Gaza zu lassen und nach zehn Tagen die Blockade aufzuheben, stellten die Israelis mit der Freilassung eines 2006 entführten Soldaten eine neue Bedingungen für einen freien Warenverkehr und versuchten dadurch die Verhandlungsgrundlagen im Nachhinein zu ändern. Da jedoch die Hamas ihrerseits die Freilassung politischer Gefangener – einschließlich von 300 Kindern und Jugendlichen und der 33 der Hamas angehörenden Parlamentsabgeordneten – forderte, hatte man beschlossen, die Frage eines möglichen Gefangenenaustausches unabhängig vom Waffenstillstand später zu verhandeln.

Das **dritte Dilemma** bestand darin, dass sowohl auf palästinensischer wie auch auf israelischer Seite kein Konsens über das Waffenstillstandsabkommen bestand. Gerade in der Anfangsphase geriet die Hamas unter den Druck der anderen Widerstands-Organisationen, die an den Verhandlungen nicht teilgenommen hatten: der PFLP, des Jihad Islami, der DFLP und der Aqsa-Brigaden. Die Qassam-Brigaden, der bewaffnete Arm der Hamas, unterstützten zwar die Vereinbarung, machten der politischen Führung der Hamas jedoch deutlich, dass sie auf jeden israelischen Angriff reagieren würden. [Ma`an 18.6.2008]

In den nächsten Wochen kam es im Gefolge israelischer Militäraktionen tatsächlich immer wieder zu Raketenabschüssen auf Israel. Die Hamas verdächtigte dabei die Autonomie-

behörde, dass sie über die Militäraktionen von Aqsa-Brigaden den Druck auf die Hamas Regierung im Gazastreifen erhöhen wollte. [Ma`an 26.6.2008]

Hier liegt das **vierte Dilemma**: die Entkopplung eines Waffenstillstandes in Gaza und in der Westbank, die einerseits auf die Trennung des Einflussgebietes der Hamas-Regierung und der PA zurückzuführen ist, andererseits aber auch von den Israelis gewollt ist, um diese Spaltung zu vertiefen. Denn eigentlich scheint es unlogisch, dass die israelische Seite mit der Hamas-Regierung, deren Legitimität sie ja infrage stellt, ein Abkommen über einen Waffenstillstand abschließt, während man sich weigert die Westbank, die ja von der Autonomiebehörde, mit der man auf der Basis der Oslo-Verträge über eine Gesamtlösung verhandelt, aus diesem Waffenstillstandsabkommen ausklammert.

## ABLEHNUNG UND SKEPSIS

Das **fünfte Dilemma**: Auf der israelischen Seite gab es von Anfang an Differenzen über das Prinzip des Waffenstillstandes selber. Der stellvertretende Ministerpräsident Haim Ramon war von vornherein gegen ein Abkommen mit der Hamas: »Der Waffenstillstand stellt eine Anerkennung der Hamas dar und ist ein ernstzunehmender Schlag gegen die Palästinensische Autonomiebehörde und ihre Führer. Jetzt werden sie wohl über die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit der Hamas verhandeln.« [18.6.2008] Auch israelische Militärkreise äußerten Skepsis, dass das Abkommen von langer Dauer sein werde und kündigen an, sie würden sich auf eine Militäroperation vorbereiten. [18.6.2008]

Trotz dieser Äußerungen schätzte die IDF-Führung den Waffenstillstand zwei Monate nach dessen Beginn positiv ein, weil er zu einer Beruhigung der Situation in den an den Gaza-Streifen grenzenden Gebieten geführt hätte. Anders der innere Geheimdienst Shin Bet, dessen Direktor Yuval Diskin der Ansicht war, ein Waffenstillstand würde den Druck auf die Hamas, den gefangenen israelischen Soldaten freizulassen, ver-

13) Den Angriffen war die Verhaftung des Tunnelbauers Abu Dawabah vorangegangen. Dieser behauptete, die Hamas hätte ihm Geld für das Kidnapping eines israelischen Soldaten angeboten. Das Hamas-Innenministerium bestreitet den Vorwurf.

ringern. Er rief die Armee auf, sich auf einen größeren Militärschlag vorzubereiten. [Ma`an 8.8.2008]

Ein **sechstes Dilemma** sind die asymmetrischen Durchsetzungsmechanismen. Während die Israelis während der ganzen sechs Monate durch die Kontrolle der Grenzen und die militärische Drohkulisse über ein effektives Druckinstrument verfügten, um Hamas zur Einhaltung seiner aus dem Abkommen resultierenden Verpflichtungen – Einstellung des Raketenbeschusses – zu zwingen, waren der Hamas-Regierung gegenüber israelischen Verletzungen die Hände gebunden. Aufgrund ihrer internationalen Isolation konnte sie allein auf ägyptische Vermittlungsbemühungen hoffen, die wenig effektiv sind, und schließlich ganz ausblieben.

### BRUCH DES WAFENSTILLSTANDES

Seit dem ersten Tag des Waffenstillstandes kam es regelmäßig zu militärischen Aktionen Israels im Gaza-Streifen. Durch den wiederholten Beschuss von Fischerbooten kam der Fischfang fast ganz zum Erliegen. Immer wieder drangen israelische Militärpatrouillen in den Gazastreifen ein. Am Abend des 4. November drangen israelische Truppen in den Gazastreifen ein und töteten sechs Hamas-Mitglieder. Mehrere Orte des Gazastreifens wurden mit Raketen beschossen. In den folgenden Tagen starben weitere neun Menschen. Dies war der Auftakt einer neuen Spirale der Gewalt.<sup>13</sup> Die Hamas, der Jihad und die Aqsa-Brigaden reagierten mit Raketenbeschuss auf Israel.

Am 5. November 2008 wurde der Gazastreifen komplett abgeriegelt. Seitdem werden Lebensmittel, Medizin, Benzin, Ersatzteile für Generatoren und die Wasserpumpen, Papier, Telefone und Schuhe nicht oder nur noch in minimalen Mengen in den Gazastreifen gelassen. Mehrfach musste UNRWA, von deren Lebensmittelunterstützung die Hälfte der Menschen in Gaza abhängig ist, die Verteilung von Lebensmitteln einstellen. Auch die Krankenhäuser konnten eine durchgehende Stromversorgung nicht mehr garantieren. Am 30. November erklärte der Jihad, er fühle sich nicht mehr an den Waffenstillstand

gebunden. Die Aqsa-Brigaden begannen wieder Projektile auf Sederot zu schießen. Über Vermittler aus Qatar wurden die Hamas und der Jihad gewarnt, dass Israel eine groß angelegte Militäroffensive in den Gazastreifen plane.

Die politische Hamas-Führung richtete einen dringenden Appell an die bewaffneten Gruppen einschließlich ihrer eigenen Qassam-Brigaden, den Feuerbeschuss auf israelische Orte einzustellen. Ihr schien die Kontrolle immer mehr zu entgleiten und sie wandte sich an ihre Exilführung in Damaskus mit der Bitte, die Qassam-Brigaden zu drängen, den Beschuss israelischer Orte zu unterbinden. Dieses Argument konnte aber angesichts der Situation vor Ort kaum noch jemanden überzeugen.

### MIT DEM RÜCKEN ZUR WAND

In dieser angespannten Atmosphäre beginnt die Diskussion über die Frage, wie man sich zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes verhalten solle, der am 19. Dezember auslaufen würde. Die politische Führung der Hamas war unschlüssig. Einerseits wollte sie die Verlängerung, andererseits war der Waffenstillstand in eine Sackgasse geraten.

Regelmäßig beschossen inzwischen Brigaden der DFLP, der Aqsa-Brigaden, der Volkskomitees und des Jihad israelische Orte. Die politische Führung der Hamas in Gaza, vor allem der de-facto-Präsident Haniya hatte keine Mittel, das zu unterbinden, da auch der eigene bewaffnete Flügel, die Qassam-Brigaden, keinen Sinn mehr im Waffenstillstand sah. Am 14. Dezember erklärte auch die Hamas-Auslandsführung durch Khaled Mashaal, die Hamas lehne eine Verlängerung ab, während Haniya immer noch hoffte, dass es mit ägyptischer Vermittlung zu einer Verlängerung käme.

Am 19. Dezember, am Tag an dem das sechsmonatige Waffenstillstandsabkommen auslief, erklärten alle Fraktionen auf getrennten Massenveranstaltungen, dass sie den Waffenstillstand für beendet hielten – auch die Fatah, obwohl aus Ra-

mallah verlautete, der Sprecher des Gaza-Streifens, Abu Harun, sei nicht autorisiert im Namen der Fatah zu sprechen. Die Fatah-Organisation in Gaza ignorierte dies. Die Führung in Ramallah hatte kaum noch Einfluss auf die Organisation im Gaza.

### **WORUM ES DER HAMAS GING**

Man kann der Hamas sicherlich politische Fehlkalkulationen vorwerfen. Sie hatte trotz vieler Warnungen die Virulenz eines israelischen Angriffs unterschätzt. Sie hatte die Illusion, dass die Ägypter über diplomatische Kanäle das Waffenstillstandsabkommen retten würden. Und sie hatte im November trotz der kritischen Situation im Gazastreifen die Verhandlungen mit der Fatah platzen lassen, wodurch sie das ägyptische Regime brüskierte und sich noch mehr isolierte.

Aber der Hamas vorzuwerfen, sie hätte die bewaffnete Konfrontation mit Israel gesucht, ist sachlich unrichtig. Die politische Führung der Hamas hat bis zuletzt versucht das Waffenstillstandsabkommen zu retten. Mit der formalen Kündigung wollte die Hamas keine neue Runde der Gewalt einleiten. Die Kündigung stellte vielmehr einen verzweifelten Versuch dar, eine Neuverhandlung mit dem Ziel der Aufhebung der Blockade zu erzwingen.

Dieses Ziel war jedoch unrealistisch, da sich die Verhandlungsposition der Hamas im Vergleich zum Sommer weiter verschlechtert hatte. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen der Hamas und der Fatah war die palästinensische Front sowohl politisch (Hamas–Fatah) wie auch geographisch (Westbank–Gaza) tief gespalten. Die Hamas war international und regional isoliert.

Andererseits wurden der Hamas durch die Ausweglosigkeit der Blockade, durch den Druck der eigenen Basis und durch die anderen Widerstandsorganisationen in Gaza – einschließlich großer Teile der lokalen Fatah und vor allem der Aqsa-Brigaden – und durch die Politik der Isolierung alle

politischen Optionen aus der Hand geschlagen. Hierfür tragen viele Akteure die Verantwortung: die israelische Regierung, die sich ihrerseits nicht an das Abkommens hielt; die Autonomiebehörde, die sich zunächst durch die israelische Angriffe auf die Hamas Positionsgewinne erhoffte, bis sie bemerkte, dass die israelischen Kriegsziele weit über die Ausschaltung der Hamas hinausgingen; die »moderaten« arabischen Regime, die auch aus innenpolitischen Gründen an einer Schwächung der Hamas interessiert waren und die internationale Staatengemeinschaft.

Sowohl die US-Administration wie auch die EU haben monatelang der Aushungerung des Gazastreifens tatenlos zugehört. Sie haben unhinterfragt die Hamas für alle Waffenstillstandsverletzungen verantwortlich gemacht, während sie vor den massiven israelischen Verletzungen des Abkommens den Kopf in den Sand gesteckt haben. Damit haben sie indirekt der israelischen Regierung »grünes Licht« für ihren Angriff auf Gaza signalisiert. Die EU und die USA haben darüber hinaus durch die faktische Nicht-Anerkennung der Ergebnisse der palästinensischen Exekutivwahlen und die internationale Isolierung der Hamas zu der politischen Sackgasse in Gaza beigetragen.

### **DIE MITTELFRISTIGEN FOLGEN**

Es ist sicherlich noch zu früh, Prognosen darüber anzustellen, welche Folgen der Krieg für zukünftige regionale Konstellationen hat. Den Friedensprozess hat er um Jahre zurückgeworfen. Und auch Israel selber muss sich die Frage stellen, ob es sich mit dem Krieg einen Gefallen getan hat.

Der Krieg hat der internen Legitimation der Autonomiebehörde einen schweren Schlag versetzt. Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas, dessen Amtszeit offiziell am 9. Januar 2009 abgelaufen ist, kann es sich politisch nicht erlauben, auf diesem Weg die Macht über den Gazastreifen zu übernehmen – wie sich die Israelis und einige der arabischen »moderaten« Regime vielleicht gewünscht hätten. Schon jetzt

14) Vergleiche dazu die Diskussionen auf den verschiedenen Websites der Organisationen.

mehren sich die Stimmen auch innerhalb der Fatah, dass nicht die PA, sondern allein die PLO als Vertreterin des gesamten palästinensischen Volkes ein Mandat hätte, im Namen des palästinensischen Volkes zu sprechen und über eine Lösung zu verhandeln.

Fast alle palästinensischen Parteien fordern die Aktivierung und innere Demokratisierung der PLO und die Aufnahme auch der Widerstandsorganisationen, die bislang der Dachorganisation nicht angehörten. Das betrifft vor allem die Hamas und den Jihad al-islami. Palästinensische Stimmen, die das Experiment der Autonomiebehörde als gescheitert betrachten und stattdessen zu einer gemeinsamen Widerstandsstrategie gegen die Besatzung aufrufen, mehren sich.<sup>14</sup>

Im Libanon, einem anderen Konfliktzentrum der Region, dürfte die Entwaffnung der Hisbollah politisch nicht mehr durchsetzbar sein, da der Krieg in Gaza Bedrohungsszenarien durch Israel wieder wachgerufen hat. Statt die Hisbollah zu entwaffnen, will der libanesische Präsident Sulaiman ihre Milizen nun in die reguläre libanesische Armee integrieren, was zwar einerseits die Unterordnung der Milizen unter die Staatsräson bedeutet, ihnen andererseits Legitimität verschafft. Hofften Europa und die USA über die Schwächung von Hisbollah den syrischen und vor allem den iranischen Einfluss im Libanon zu verringern, scheint sich das Gegenteil – nur zu für den Libanon vorteilhafteren Konditionen – abzuzeichnen. Staatspräsident Sulaiman strebt eine engere Verteidigungskooperation mit dem Iran und Russland an, einschließlich der Lieferung von Waffen. Die USA, der bisherige Hauptlieferant der libanesischen Armee, hatte die Lieferung schwerer Waffen verweigert. ◆

### IVESA LÜBBEN

ist Politologin und Journalistin. Sie arbeitet über islamische Organisationen und soziale Bewegungen sowie Reformprozesse in der arabischen Welt.



DAVID LEAN



SUMMERTIME 1955, DAVID LEAN

# Jura Soyfer schreibt unsere Texte

**LITRATUR** Der 1912 in Charkow geborene Jura Soyfer zählt trotz seines viel zu kurzen Lebens zu den wohl bedeutendsten politischen Autoren im Österreich der Zwischenkriegszeit. Anlässlich des 70. Todestages setzt sich Herbert Arlt mit der Wiederentdeckung des Autors nach 1945 und seiner ungebrochenen Bedeutung auseinander.

**A**m 16. Februar 1939 verstarb Jura Soyfer im Alter von 26 Jahren im Konzentrationslager Buchenwald an Typhus. Die eigentliche Ursache seines Todes aber war nicht ein Krankheitserreger, sondern sein Tod war die Folge des systematischen Terrors des Nationalsozialismus. Doch der nationalsozialistische Terror ist gescheitert: Die Erinnerung an Soyfer, sein literarisches Werk sind lebendig geblieben. Gerade in diesen Jahren beginnt eine neue Renaissance von Jura Soyfer nicht nur in Österreich, sondern weltweit, in die Millionen Menschen einbezogen werden. Welches die Inhalte sind, die die Menschen berühren, wer sich für seine Verbreitung einsetzt – darüber soll in diesem Beitrag stichwortartig gerade auch anhand der Veranstaltungen in Wien im kommenden Februar berichtet werden.

## NACH 1945

Nach Soyfers Tod sind es vor allem Otto Tausig und Herbert Steiner, die sich im Exil in Großbritannien in den 1940er-Jahren um die Sammlung seiner Texte verdient machen. Gleichzeitig werden seine Stücke in Argentinien, Australien, England und den USA gespielt. Soyfer ist mit seinem Dachaulied selbst in etlichen Konzentrationslagern präsent. 1947 bringt Otto Tausig die erste Soyfer-Buchausgabe in Wien heraus. Die jungen TheatermacherInnen und vor allem Helmut Qualtinger engagieren sich, um seine Stücke auf die österreichischen Bühnen zu bringen.

Der eigentliche Aufschwung aber beginnt in den 70er-Jahren. Er ist verbunden mit dem Thomas-Sessler-Verlag, wiederum mit Helmut Qualtinger, mit den Schmetterlingen, Götz Fritsch, Herbert Steiner, Otto Tausig und vielen anderen, die sich mit Ausgaben, Vertonungen, Aufführungen, Filmen,

Hörspielen, Bildern, Texten mit Soyfer auseinandersetzen. Ende der 70er-Jahre beginnt sich auch die Wissenschaft, mit Lehrveranstaltungen und vermehrten wissenschaftlichen Arbeiten der österreichischen Literatur der 30er-Jahre anzunehmen. Das Verdienst der Herausgabe des ersten Gesamtwerks aber gebührt Horst Jarka, der in Missoula/Montana (USA) an der Universität unterrichtete.

## POPULARISIERUNG SOYFERS

Die von Götz Fritsch gestalteten Hörspiele, die er im Rahmen der Soyfer-Gedenkwoche vorstellen wird, hatten ab den 1970er-Jahren nicht nur eine grundlegende Bedeutung für die Verbreitung der Kunst Jura Soyfers, sondern waren auch der Ausgangspunkt für Hörspiele in nunmehr über ein dutzend Sprachen (darunter für das Hörspiel »Der Lechner Edi« in Georgisch). Mit ihrem Programm »Verdrängte Jahre« – ebenfalls im Rahmen der Gedenkwoche zu hören – trugen auch die »Schmetterlinge« wesentlich zur Popularisierung Soyfers bei und zeigten die bis heute bestehende Aktualität seiner Texte auf. Aber auch andere Pionierleistungen, wie der Film über Soyfer von Wolfgang Lesowsky, fallen in diese Periode.

Von den wichtigen Freunden und Förderern Jura Soyfers sind etliche bereits gestorben: Leon Askin, der Regisseur der Weltpremiere des Soyferschen Stückes »Weltuntergang«; Hugo Ebner, der mit Jura Soyfer am 12./13. März 1938 versuchte, über Vorarlberg in die rettende Schweiz zu gelangen, während die Truppen Hitler-Deutschlands Österreich besetzten, und nach 1945 als Anwalt in Wien arbeitete und vielen – fast alle Kameraden aus dem Konzentrationslager – geholfen hat; Herbert Steiner, der auch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) aufgebaut hat; Herbert Zipper,



JURA SOYFER 1912 – 1939

der das »Dachaulied« vertonte und hunderte Musikschulen in den USA initiierte; oder auch Helmut Qualtinger. Mit ihrem Wirken haben sie sich aber unschätzbare Verdienste um die Rezeption Soyfers und die Akzeptanz seiner literarischen Bedeutung erworben und maßgebliche Beiträge zu seiner Bearbeitung geleistet.

## WERKREZEPTION HEUTE

Die anstehende Gedenkwoche ist mit Projekten verbunden, die zeigen, dass Jura Soyfer unsere Stücke schrieb. Denn längst haben die Impulse, die von Soyfers Werk ausgehen, eine über Österreich weit hinausgehende, internationale Dimension erreicht, die seine gegenwartsbezogene Bedeutung deutlich unterstreicht. Der Film »Der Weg in den Tod« über die Ermordung Jury Soyfers wird daher am 16.2.2009 auch die Premiere des »INST-Weltfernsehens« sein ([www.inst.at/weltfernsehen](http://www.inst.at/weltfernsehen)). Es ist dies der Beginn der Organisation eines Millionenpublikums weltweit, das auf dem Netzwerk des INST (Institut zur Erforschung und Förderung regionaler und transnationaler Kulturprozesse) basiert.

Eine offene Plattform für diese und für viele andere Aktivitäten in diesem Gedenkjahr ist die Jura-Soyfer-Gesellschaft, die 1988 im Vorfeld des Gedenkens zum 50. Todestag Jura Soyfers gegründet wurde. Ihre derzeit dreisprachige Homepage ([www.soyfer.at](http://www.soyfer.at)) soll bis zum hundertsten Geburtstag in zumindest 30 Sprachen verfügbar sein. 2010 ist eine neue vierbändige Ausgabe vorgesehen, zu der es im Internet einen historisch-kritischen Kommentar geben soll (nicht nur zu den Originaltexten, sondern auch zu Ausgaben in anderen Sprachen). Bis zum hundertsten Geburtstag soll auch das Archiv in neuer Weise über das WWW zugänglich sein und neue Biographien vorgestellt werden (sowohl im WWW als auch als Druckfassung). Dazu kommen Symposien in Buenos Aires (2009), Kairo (2010), Duschanbe (2011) und in seiner Heimatstadt Charkow (2012), Filmprojekte und vieles andere. Die Ursache für dieses rege Interesse an einem vor 70 Jahren, im Alter von nur 26, verstorbenen österreichischen Autor liegt in

der Aktualität der Aussagen, die seine Stücke auch für unsere Zeit besitzen.

## JURA SOYFER UND DIE GEGENWART

Von den vielfältigen Aspekten, die die heutige Bedeutung der Stücke Jura Soyfers ausmachen, sollen drei hervorgehoben werden:

»Der Lechner Edi« – dieses Stück ermöglicht eine neue Auseinandersetzung mit der Technologie. Nicht die Technik an sich steht im Vordergrund, sondern eine Technik und wie der Mensch mit ihr umgeht. Das gerade aber ist die heutige Schlüsselfrage, die beim Videorecorder, beim CD-Player etc. beginnt und mitten in die Frage hineinführt, was es gesellschaftlich und auch für ein Staatsbudget bedeutet, dass ein Drittel der Bevölkerung als funktionale Analphabeten ausgeschlossen sind. (Unter diese funktionalen Analphabeten fallen keineswegs ausschließlich Migrantenkinder oder Menschen aus »Unterschichten«. Es sind durchaus viele Angehörige der »Elite«, die keinen Zugang zu den neuen Entwicklungen finden und in ihrer Angst und Irrationalität in [staatliche] Ausgrenzung und Aggression verfallen.) Die Auseinandersetzung mit dem Soyfer'schen Stück gibt die Möglichkeit, menschliche Gemeinsamkeiten zu finden.

Im Rahmen der Gedenkwoche wird auch das Weltprojekt »Der Lechner Edi« vorgestellt. Dieses Projekt wurde von Tobias Sosinka (Berlin) vorgeschlagen, der 2007 am Landestheater Schwaben in Memmingen das Soyfersche Stücke »Astoria« als Regisseur auf die Bühne brachte, in Berlin ein Projekt »Der Lechner Edi« realisierte und sich an den Symposien in Wien und Tbilissi beteiligte. Mittlerweile scheinen bis zu 50 Aufführungen des Stückes »Der Lechner Edi« von Europa bis Argentinien, von Südafrika bis Norwegen, von Indien bis zum Kaukasus im Rahmen dieses Weltprojektes möglich. Sie sind zum Teil auch verbunden mit einem Übersetzungsprogramm in derzeit 50 Sprachen (wobei Soyfer bereits 2008 in 38 Sprachen übersetzt worden war). Diese Aufführungen des

## JURA-SOYFER-GEDENKVERANSTALTUNGEN 2009

### Veranstaltungswoche 16.–21.2.2009 (Programmauszug)

Ausstellung (16.–21.2.)	Eröffnung: 16.2., 18 Uhr
Filmpräsentation	16.2. 19 Uhr
Die Biographie Jura Soyfers	17.2. 19 Uhr
Weltprojekt »Der Lechner Edi«	18.2. 19 Uhr
Jura Soyfer – hörbar	19.2. 19 Uhr
Konzert der »Schmetterlinge«	20.2. 20 Uhr

Freier Eintritt bei allen Veranstaltungen in der VHS Brigittenau (mit Ausnahme »Schmetterlinge«-Konzert: 20,- Euro)

**1 Komödie – 3 Väter:** Soyfer, Tucholsky und Hasencllever »erklären die Welt« (1.3.2009)

**Ein Abend mit Otto Tausig** – anlässlich des 70. Todestages von Jura Soyfer in der »Roten Bar« des Wiener Volkstheaters

Vorstellung: 1.3.2009, 19.30 Uhr (Karten: [www.volkstheater.at](http://www.volkstheater.at))

Detailliertes Programm unter: [www.soyfer.at/deutsch/veranstaltungen.htm](http://www.soyfer.at/deutsch/veranstaltungen.htm)

»Lechner Edi« sollen auch für das INST-Weltfernsehen ausgezeichnet werden.

»Astoria« – das Stück über die Metaphysik des Geldes (ein Weltprogramm 2011 bis 2013, das ebenfalls von Tobias Sosinka koordiniert werden soll, ist in Vorbereitung). Lange bevor im BAWAG-Prozess analysiert wurde, wie führende Vertreter einer Gewerkschaftsbank auf die Idee kommen konnten, dass das Geld ihrer Mitglieder an der Börse vermehrt werden könnte (und wie und warum dies kläglich scheiterte und die Bank verloren ging), lange bevor Forschungsfonds, Städte, Bundesländer, viele Staaten erhebliche Geldmittel aus dem selben Grund verloren, hat Jura Soyfer gezeigt, wie diese Metaphysik des Geldes funktioniert: Durch eine Entkoppelung von Geldmarkt und Produktionsmarkt.

Vernichtet wird das Geld der kleinen Leute, das zu virtuellem Geld wird (heute die Pensionsfonds, aber auch die Baufonds etc.). Ein Stück, das wegen seiner hohen Qualität vom scheidenden Burgtheaterdirektor Klaus Bachler als schlechtes Stück bezeichnet wurde (und diese Ehre erhielten auch noch andere heutige Stücke, die in dieser ruhmlosen Ära alten Burgtheaters nicht auf die Bühne kamen).

»Broadway-Melodie 1492« – ein Stück über die Globalisierung, die nicht mit dem Internet, den neuen Finanzmärkten, dem neuen Tourismus beginnt, sondern als Gewaltakt auf der Basis einer militärischen Revolution, die schlussendlich seit dem 20. Jahrhundert zu scheitern beginnt. Die technische Überlegenheit in Konflikten führt keineswegs zum Sieg, sondern nur zu Verlusten (siehe nicht nur Palästina, Vietnam, sondern auch Irak oder Türkei; Kaukasus etc.). Eine Perspektive gibt es nur durch Kooperation, auf der Basis menschlicher Solidarität. Und das ist der Grundgedanke der wichtigen Texte von Jura Soyfer, die nicht nur mehr und mehr Publikum bekommen, sondern vielmehr setzen sich mehr und mehr Menschen aktiv mit ihnen auseinander.

Die Gedenkveranstaltungen für Jura Soyfer sind daher keineswegs nur als Veranstaltungen zur Vergangenheit zu verstehen. Diese Auseinandersetzung mit der Geschichte (die nie tot ist und nicht einmal vergangen, wie es in einem Lied heißt) – und auch der Geschichte der Rezeption – sind notwendig. Soyfer hat diese Notwendigkeit in seinem Stück »Vineta« eindrücklich dargestellt. Die Gedenkveranstaltungen dienen vielmehr auch als Ausgangspunkt für völlig neue Aktivitäten zum und auf der Basis des Soyferschen Werkes.

All dies ist nur möglich, weil nicht nur die Aussagen der Texte gegenwärtig sind, sondern auch ihre künstlerische Form sehr modern ist. Immer wieder in den vergangenen Jahrzehnten waren es gerade die Inhalte, die KünstlerInnen, WissenschaftlerInnen, aber auch viele SchülerInnen, Betriebsräte etc. motivierten, sich mit Soyfer auseinanderzusetzen. Im Zuge der Entwicklung der Wissensgesellschaften zeigt sich aber, dass Inhalte allein nicht genügen.

Es kommt auch darauf an, die Sprache zu verstehen, die Formen, wie sie vorgebracht wird zu entschlüsseln, die Dramaturgie zu analysieren und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Anders gesagt: Es muss nicht nur die Lebendigkeit der Inhalte erkannt werden, sondern heute endlich die Lebendigkeit der Soyferschen Kunst in ihrer ganzen Komplexität. Gerade dies wäre auch ein wichtiger Beitrag zu seiner Lebendigkeit. ◆

### HERBERT ARLT

schrrieb seine Dissertation über Jura Soyfer, ist seit 1989 Geschäftsführer der Jura-Soyfer-Gesellschaft, hat zahlreiche Konferenzen und Symposien in über 40 Ländern (mit-)organisiert und wurde mit dem Theodor-Körner- und dem Bruno-Kreisky-Anerkennungspreis ausgezeichnet.

DAVID LEAN



RYAN'S DAUGHTER 1970, DAVID LEAN

# Die dunklen Seiten des Planeten

**REZENSION** Die Biographie über den Kämpfer Rudi Gelbard ist erschienen. Eine Buchbesprechung von Ludwig Dvorak.

**D**as Leben von Prof. Rudolf Gelbard zu erzählen – diese herausfordernde Aufgabe hat Walter Kohl mit dem Ende 2008 in einem kleinen Mühlviertler Verlag erschienenen Buch »Die dunklen Seiten des Planeten – Rudi Gelbard, der Kämpfer« übernommen. Er schloss damit eine wichtige Publikationslücke, die trotz des im Frühjahr erschienen Films über Prof. Gelbards Leben, »Der Mann auf dem Balkon«, bestand. Mit seiner Biographie gelingt es nun auch in Buchform, die Geschichte eines Überlebenden der Shoah zu erzählen, der sich – in den Worten Wiesenthals – »nicht nur den Toten, sondern auch den kommenden Generationen« verpflichtet fühlte und nach 1945 als aktiver Antifaschist alles getan hat und tut, um dem Wiedererstarken neonazistischer und rechtsextremer Tendenzen Paroli zu bieten.

Rudolf Gelbard wurde 1930 als Kind jüdischer Eltern geboren und wuchs in der Wiener Leopoldstadt auf. Die Machtübernahme der Nazis, den Einmarsch deutscher Truppen im März 1938 und die damit einsetzenden Verfolgungen und Demütigungen jüdischer MitbürgerInnen erlebt er bereits ebenso bewusst mit wie die Pogrome am 9. November 1938, die unter dem von den Nazis geprägten Begriff »Reichskristallnacht« in die Geschichte eingingen.

Bis 1942 leben die Gelbards unter den immer schlimmer werdenden Drangsalierungen der Nazis in Wien, bevor sie 1942 ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert werden. Theresienstadt war Teil der vom Nationalsozialismus aufgebauten Ermordungsmaschinerie. Nur knapp mehr als zehn Prozent der 140.000 hauptsächlich jüdischen LagerinsassInnen überlebten bis 1945, der Rest kam unter den entsetzlichen Lebensbedingungen um oder wurde in die deutschen Vernichtungslager im Osten deportiert.

Theresienstadt macht klarerweise einen großen Schwerpunkt des Buches aus und schildert – vom Autor um andere Augenzeugenberichte und wissenschaftliche Darstellungen ergänzt – aus der Perspektive eines Zwölfjährigen das Leben an dieser Stätte des Todes. Die tiefen Traumata, die das Konzentrationslager bei den Überlebenden hinterlassen hat, kann es mit dem Satz Rosa Jochmanns »Wir sind durch die Tore des Lagers nur scheinbar in die Freiheit gegangen« aber doch nur annähernd begreifbar machen.

## AKTIVER ANTIFASCHIST

Beeindruckend erzählt und für Gelbard offenkundig prägend, ist die politische Schulung durch zionistische Jugendführer in den unter »Selbstverwaltung« stehenden Kinderheimen, in denen Gelbard getrennt von seinen Eltern untergebracht ist. Selten wird der Bedeutungswechsel des Zionismus für viele (west-)europäische Jüdinnen und Juden, die jahrelang auf die »Assimilation« gesetzt hatten, und die untrennbare Verknüpfung der Verbrechen der Shoah mit der nach dem industriellen Massenmord als Notwendigkeit errichteten Gründung des Staates Israel 1948 so gut nachvollziehbar.

Nach der Befreiung, die Gelbard und seine Eltern 1945 erlebten, kehrten sie nach Wien zurück, wo Gelbard als 15-Jähriger alles daran setzte, mit Privatunterricht und der Absolvierung der Handelsschule sowie durch regelmäßige Besuche von Kursen in Einrichtungen der Erwachsenenbildung so gut als möglich die versäumte (Formal-)Bildung aufzuholen. Politisch wandte er sich der österreichischen Sozialdemokratie zu und fühlte sich in der Sozialistischen Jugend, der er beigetreten war, der linken, aber »scharf antistalinistischen« Gruppe zugehörig. Als aktiver Antifaschist engagierte er sich auch von Beginn an, um der Neuformierung des Faschismus entgegenzutreten – denn dass die Ideologie von Nazismus und An-



**WALTER KOHL**

**Die dunklen Seiten des Planeten –  
Rudi Gelbard, der Kämpfer.**

Erschienen in der »Edition Geschichte der Heimat«  
Grünbach 2008, 236 Seiten, 24,50 Euro

tisemitismus nicht über Nacht verschwunden waren, spürte Gelbard auch im Nachkriegsösterreich.

### **UMFASSENDES PORTRÄT**

Ob als Zeitzeuge an Schulen, bei Protestaktionen gegen Veranstaltungen des »Schutzverbandes« der Ariseure 1948, den Demonstrationen zu den Schillerfeiern 1959, gegen Taras Borodajkewycz in den 1960er-Jahren oder Protestaktionen gegen rechtsextreme Veranstaltungen in der Gegenwart – Gelbard war und ist stets aktiv beteiligt und inspirierte viele Jüngere zu ihrem Engagement, was Kohl durch die Miteinbeziehung der Schilderung zahlreicher Freunde und Weggefährten, unter ihnen Ferdinand Lacina oder Karl Blecha, einfließen lässt.

Durch die Erzählweise Kohls, der einerseits Gelbard selbst zu Wort kommen lässt und andererseits die chronologische Abfolge der Ereignisse immer wieder durch Zeitsprünge unterbricht, um Gelbards Wirken entsprechend zu würdigen, entsteht – trotz Gelbards Unbehagen, zu viel Persönliches in das Buch einfließen zu sehen – ein umfassendes Porträt des ab den 1990er-Jahren mit zahlreichen Ehrungen der Republik und des Landes Wien ausgezeichneten »Kämpfers«. In Summe ist »Die dunklen Seiten des Planeten« ein Buch, das einen wertvollen Beitrag zur zeitgeschichtlichen Dokumentation liefert, vor allem ist es aber auch ein Autor, der sich alle Mühe gibt, dem Mann, dessen Geschichte erzählt werden soll, gerecht zu werden. ◆

**LUDWIG DVORAK**

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

# Krieg, Evolution & Alter



## Oliver Roy Der falsche Krieg

Der islamistische Terrorismus stellt eine weltweite Bedrohung dar. Doch der vom Westen propagierte »Krieg gegen den Terror« ist nicht zu gewinnen. Um zu bestimmen, wie der Westen künftig mit dieser Gefahr umgehen soll, muss man erst einmal danach fragen, wie die regionalen und globalen Kräfteverhältnisse wirklich sind, wer denn eigentlich der Feind ist und wie man ihm wirksam begegnen kann

*Siedler, 192 Seiten, 20,60 Euro*



## Ruth Berger Warum der Mensch spricht

Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Berger beantwortet in ihrer Naturgeschichte der Sprache mit Hilfe neuester Erkenntnisse aus Sprachwissenschaft, Paläoanthropologie, Biologie, Archäologie und Neurologie die Frage nach dem Ursprung der menschlichen Sprache. Sie zeigt: Sprache steht nicht am Ende der menschlichen Evolution, sondern hat die Entwicklung unseres Gehirns und Verhaltens entscheidend geprägt.

*Eichborn, 304 Seiten, 20,60 Euro*



## Frans de Waal Primaten und Philosophen

Sind wir zum Egoismus verdammt? Oder gehört auch die Moral zu unserer Natur? Der Verhaltensforscher Frans de Waal präsentiert überraschende Antworten auf philosophische Fragen. Forschungen mit Affen haben seine Vermutung bestätigt, dass moralisches Verhalten evolutionäre Vorteile sichert. Er widerlegt die Vorstellung, Menschen seien schon auf genetischer Ebene als egoistische Wesen konzipiert.

*Hanser, 219 Seiten, 20,50 Euro*



## Tobias Kniebe Operation Walküre

Der Autor hat die Vorgeschichte und den Verlauf der dramatischen Vorgänge rund um das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 rekonstruiert. Wie verliefen die Planungen? Woran genau scheiterte der Staatsstreich? Wie erlebte die Familie Stauffenberg die tragischen Ereignisse? Es ist ein Bericht über ein Schlüsselmoment deutscher Geschichte, Darstellungen im Fernsehen und Film weit überlegen ist.

*Rowohlt Berlin, 288 Seiten, 20,50 Euro*



## Peter Gross / Karin Fagetti Glücksfall Alter

Alte Menschen sind gefährlich, weil sie keine Angst vor der Zukunft haben – so lautet der Untertitel des Buches. Die AutorInnen setzen den gängigen Katastrophenszenarien neue Denkmöglichkeiten entgegen: Stil statt Fummel; lustvoll älter sein statt Jugendwahn; Konzentration statt Verzettlung; Erotik statt Viagra. Ein radikaler Blickwechsel also, und eine positive Antwort auf die »demografische Frage«.

*Herder, 192 Seiten, 15,40 Euro*



## Henry Glass Weltquell des gelebten Wahnsinns

Lange bevor der „Spiegel“ Autorenzeilen unter den Artikeln einführte, erkannte man die Beiträge des im Jahr 2000 verstorbenen Heimweh-Iren und Kopfweh-Britten Henry Glass. In ihrer stilistischen Originalität sind sie unerreicht und genießen Kultstatus. Die vorliegende Sammlung bringt einige seiner besten Texte, die zeigen wie völlig skurril die Welt der Wissenschaft auch sein kann.

*Kein & Aber, 173 Seiten, 17,40 Euro*



Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

# Bonbons, Zeit & Wodka



**Elif Shafak**  
**Der Bonbonpalast**

Dieser Roman ist eine Liebeserklärung an Istanbul. Das Haus im Zentrum war einmal prachtvoll. Jetzt ist der »Bonbonpalast« verwitert – und Wohnort für zehn sehr unterschiedliche Familien. In loser Folge werden deren Schicksale, Tragödien und Komödien erzählt und damit die Geschichte des Gebäudes und der Stadt. Gegenwart, Vergangenheit, Zukunft – alles fließt zusammen.

*Eichborn, 470 Seiten, 20,60 Euro*



**Hermann Peter Piwitt**  
**Die gefrorene Zeit**

Ein Roman voller Sprachwitz und Ernsthaftigkeit, der von kleinen Leuten erzählt, die ein selbstbestimmtes Leben führen wollen. Dreißig Jahre nach seiner Erstveröffentlichung so frisch und aktuell wie am ersten Tag. Eines Tages war Ponto einfach verschwunden. Wer war der Mann, dieser Naturbursche, der einmal Jus studiert hatte, aber dann ein Aussteigerleben führte?

*Wallstein-Verlag, 234 Seiten, 19,60 Euro*



**Michael Köhlmeier**  
**Idylle mit ertrinkendem Hund**

»Eine erschütternde, ganz leise Novelle mit doppeltem Boden: ein Meisterwerk klassischen Zuschnitts.« So urteilt ein Kritiker über diese Erzählung. Und ein anderer: »Mit leichthändiger Meisterschaft behandelt er ein Thema von tragischem Gewicht. Ein großes kleines Buch, eine berührende Lektüre.« Michael Köhlmeier kann eben, was nicht viele können. Er kann in einer kleinen Geschichte eine große erzählen.

*Zsolnay, 470 Seiten, 20,60 Euro*



**Stewart O'Nan**  
**Alle, alle lieben dich**

Kim badet im Fluss, steigt in ihren alten Chevy und macht sich auf den Weg zum Schnellrestaurant, wo sie arbeitet. Dann verliert sich ihre Spur. Mit feinem Gespür für die abgründigen Schattierungen des Alltäglichen zeichnet Stewart O'Nan das Psychogramm einer Kleinstadt im Ausnahmezustand. Ein hochliterarischer

Thriller – unaufdringlich anrührend und von nachgerade beklemmender Präzision.

*Rowohlt, 410 Seiten, 20,50 Euro*



**Artur Becker**  
**Wodka und Messer**

Artur Becker kam 1985 aus Polen nach Deutschland, lebt heute in Niedersachsen und erhielt 2008 den »Adelbert-von-Chamisso-Preis« für sein bisheriges schriftstellerisches Lebenswerk. In diesem Roman erzählt er von Kuba Dernicki, dem es aus Deutschland zurück nach Polen, in die alte Heimat, an die Stätten seiner Kindheit, an den Dadajsee, treibt. Wo eigenwillige Menschen mit List, Humor und Wodka überleben.

*Weissbooks, 473 Seiten, 22,70 Euro*



**James Sallis**  
**Deine Augen hat der Tod**

In seinem unvergleichlichen Erzählton, der die Rasanz eines tödlichen Duells mit der Melancholie eines Roadmovies verbindet, lässt James Sallis seinen Helden, den Spitzenagenten David, immer tiefer in das amerikanische Herz der Finsternis vordringen, zu einem letzten Showdown mit den Geistern der Erinnerung. Es ist eine düstere Odyssee durch die Halbwelt der USA, wo Jäger zu Gejagten werden.

*Liebeskind-Verlag, 191 Seiten, 17,40 Euro*

# Konjunkturprogramme — was macht Sinn?

**A**ngesichts der Dramatik des weltweiten Wirtschaftseinbruchs ist die noch vor wenigen Monaten heftige geführte Debatte obsolet, ob mittels staatlicher Konjunkturprogramme gegengesteuert werden soll. Selbst verstockte deutsche Liberale (in allen Parteien) befürworten heute Staatseingriffe.

In Österreich hat man die politischen Energien glücklicherweise ohnehin recht früh in das Schnüren von Paketen zur Konjunkturstimulierung gesteckt. Die im September beschlossene Erhöhung der Sozialtransfers, die Konjunkturpakete I und II (öffentliche Investitionen und Steuerbegünstigungen für Unternehmensinvestitionen) sowie die Steuerreform werden im heurigen Jahr mit einem Volumen von mehr als 5 Milliarden Euro wirksam (1,8% des Bruttoinlandsprodukts).

Doch angesichts des rasch steigenden Budgetdefizits und des Risikos einer weiteren Verschärfung der Rezession interessieren zunehmend nicht nur Volumen, sondern auch Effizienz der Maßnahmen: Wo bekommt man für einen Euro am meisten Beschäftigung?

Das Vorziehen öffentlicher Investitionen, sei es für die (thermische) Sanierung oder den Neubau von Schulen, Universitäten und anderen öffentlichen Gebäuden, wirkt sehr gezielt. Die direkte Produktionsankurbelung und der niedrige Importgehalt der Bautätigkeit bewirken einen hohen Beschäftigungsanstieg. Der Nachteil öffentlicher Investitionen ist, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren ihre Zeit brauchen, viele der beabsichtigten Projekte werden wohl erst im 2. Halbjahr 2009 starten. Im Jahr 2009 könnten zusätzliche Investitionen mit einem Volumen von etwa 800 Millionen Euro wirksam werden, das würde 7.000 Arbeitsplätze schaffen.

Die Ausweitung von Sozialleistungen, wie die Erhöhung der Familienbeihilfen, des Pflegegeldes oder der Pensionen erhöht hingegen unmittelbar die verfügbaren Einkommen der betroffenen Personen. Entscheidend ist nun, wie viel davon auch wieder ausgegeben wird, denn nur so werden Produkti-

on und Beschäftigung gestützt. Ein wesentlicher Teil der Sozialleistungen fließt ins untere Einkommensdrittel, wo acht von zehn Euro an zusätzlichem Einkommen sofort wieder konsumiert werden.

Dennoch hätte man die Mittel sinnvoller ausgeben können. Etwa die 750 Millionen Euro an zusätzlicher Familienförderung (13. Familienbeihilfe, Steuerabsetzbetrag, Steuerfreibetrag, steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungsaufwendungen): Die Konsumwirkungen dieser Einkommenserhöhungen dürften etwa 3.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Hätte man das Geld direkt in eine Ausweitung der Zahl der vorhandenen Kinderbetreuungsplätze investiert, so würden mehr als 100.000 Betreuungsplätze und etwa 15.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Weniger effizient ist die Senkung der Einkommensteuer. Sie kommt zu einem erheblichen Teil dem oberen Einkommensdrittel zugute, wo die Sparneigung hoch und damit Konsum- und Beschäftigungseffekte gering sind. Kurzfristig dürfte die Steuersenkung deshalb nur etwa 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Für viele Bezieher mittlerer Einkommen bedeutet sie dennoch eine spürbare Entlastung um etwa zwei Prozent des Einkommens. Die unteren Einkommensgruppen profitierten schon ab Juli im Ausmaß von drei Prozent des Einkommens von der Steichung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages.

Insgesamt sind die österreichischen Konjunkturpakete auch im internationalen Vergleich umfangreich. Sie bewirken, dass die Wirtschaftsleistung im heurigen Jahr weniger stark schrumpft als im Euro-Raum. Nun geht es darum, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Die Ausweitung der Kurzarbeit in Verbindung mit Schulungen stellt dabei ein besonders sinnvolles Instrument dar. Das wird aber mehr Geld kosten, als beim Arbeitsmarktservice derzeit veranschlagt ist. ◆

**MARKUS MARTERBAUER**

arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.



»Mich interessiert vor allem die Zukunft, denn das ist die Zeit, in der ich leben werde.«

ALBERT SCHWEITZER

## ZUKUNFT ABONNEMENT

**Kupon ausschneiden  
& einsenden an:**  
Verlag der SPÖ GmbH  
Löwelstraße 18  
1014 Wien

**Ich bestelle**  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

**Name:** \_\_\_\_\_

**Straße:** \_\_\_\_\_

**Ort/PLZ:** \_\_\_\_\_

**Tel.:** \_\_\_\_\_

**E-Mail:** \_\_\_\_\_

**Unterschrift:** \_\_\_\_\_

# NOVOMATIC

— GROUP OF COMPANIES —



## Solide Schale, kluger Kern.

Nur in der gesunden Schale eines wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmens kann ein Kern bestens ausgebildeter Spitzenkräfte an seinen Aufgaben wachsen. Solchermaßen solide gerüstet, baut unsere Unternehmensgruppe mit weltweit mehr als 12.000 Mitarbeitern ihre Stellung als eines der führenden Technologieunternehmen Österreichs kontinuierlich aus.

Beste Arbeitsbedingungen mit internationalen Aufstiegschancen motivieren auch die über 2.300 heimischen MitarbeiterInnen von Novomatic, in unterschiedlichsten Märkten sehr flexibel manch harte Nuß zu knacken.

Die Verleihung des österreichischen Exportpreises 2008\* unterstreicht erneut das Potential und die Leistungsfähigkeit der Gruppe als Europas größter integrierter Glücksspielkonzern.

\*) verliehen vom Bundesministerium für Wirtschaft & Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich für außerordentliche Erfolge auf Auslandsmärkten